

# Galwener Zeitung

HEIMATBLATT FÜR STADT UND LAND

SAMSTAG, 8. FEBRUAR 1952

ÜBERPARTEILICHE TAGESZEITUNG

8. JAHRGANG / NR. 22

## Regierungskoalition für Verteidigung

Entschließungen beenden erste Verteidigungsdebatte des Bundestags / Oppositionsparteien bleiben bei ihrem Nein

Drahtbericht unserer Bonner Redaktion

BONN. Am Ende der ersten Verteidigungsdebatte des Bundestags, in der noch keine Entscheidungen zu fällen waren, standen mehrere Anträge der Regierungsparteien. In dem ersten Antrag bekennen sich CDU/CSU, FDP und DP zur Notwendigkeit der Verteidigung der Grundrechte der Freiheit und der Demokratie. Ausschließliches Ziel der gemeinsamen Anstrengungen müsse es sein, den Frieden zu sichern und jede Bedrohung dieses Friedens abzuwehren. Die SPD, die auch am Freitag die Voraussetzungen und Bedingungen des möglichen Verteidigungsbeitrags scharf abgelehnt hat, vertrat diese Haltung auch gegenüber den Entschließungen der Regierungsparteien, „ohne Rücksicht auf ihren Inhalt“, wie Abgeordneter Schüttle am Ende der Debatte erklärte.

Im einzelnen erklären diese Anträge, daß der Bundestag die Auffassung der Bundesregierung teile, daß bis zur Aufnahme der Bundesrepublik in den Atlantikpakt eine Übergangslösung gefunden werden müsse, die einem freiwilligen Zusammenschluß gleichberechtigter Partner entspricht. Ein Antrag zur Saarfrage unterstreicht die von der Regierung mehrfach dargelegte Haltung und wendet sich „mit Entschiedenheit gegen den Versuch der französischen Regierung, vor Abschluß eines Friedensvertrags die Entscheidung über das politische Schicksal der deutschen Saarbevölkerung vorwegzunehmen“. Vor allem erwarte der Bundestag, daß die Regierung alles unternehme, damit die Bevölkerung an der Saar ihre politischen Freiheiten endlich zurückerhalte. Der vierte Antrag bittet die Bundesregierung, bei den Verhandlungen über den finanziellen Verteidigungsbeitrag für die notwendige Berücksichtigung der begrenzten Leistungsfähigkeit einzutreten. Die soziale und wirtschaftliche Ordnung dürfe als der beste Schutz gegen den Bolschewismus durch einen zu hohen finanziellen Beitrag nicht zerstört werden. Ein weiterer Antrag forderte die unverzügliche objektive Prüfung der von den alliierten Gerichten verurteilten oder noch ohne Urteil festgehaltenen Deutschen, die der Kriegsverbrechen beschuldigt werden.

Zu den deutsch-alliierten Verhandlungen

über die Verträge zur Ablösung des Besatzungsstatuts nimmt ein letzter Antrag Stellung in dem die Regierungsparteien u. a. betonten das Besatzungsregime müsse beendet werden. Die Souveränität der Bundesrepublik dürfe nur in soweit eingeschränkt werden, als die Besonderheiten der Lage es verlangten. Teile des bisherigen Besatzungsrechts sowie die alliierten Interventionsbefugnisse dürften nicht weiterbestehen. Unvereinbar mit dem Geist freier Partnerschaft sei auch jede Diskriminierung der Beschränkung auf dem Gebiet der industriellen Produktion und Forschung.

Die Atmosphäre des zweiten Sitzungstages in Bonn war nicht mehr von der Spannung gekennzeichnet, wie am ersten Tage. Nur selten kam es zu einer rein sachlichen Argumentation und in den meisten Reden traten die konkreten Fragen des heute sichtbaren Verteidigungsbeitrags in den Hintergrund, während grundsätzliche Darlegungen dominierten. In parlamentarischen Kreisen wurde vor allem bedauert, daß im Verlauf der außerordentlichen Sitzung die schon in der Sache bestehenden Gegensätze zwischen Regierung und Opposition durch polemische Attacken beider Seiten vertieft worden sind. Die gleichen Kreise betonen die Hoffnung, daß diese Gegensätze bis zu den entscheidenden Debatten

zumindest soweit überbrückt werden können, daß eine nur von sachlichen Argumenten bestimmte Auseinandersetzung gesichert ist. Zur Wiederholung der durch kommunistische Demonstranten am Donnerstag provozierten Zwischenfälle kam es nicht, und lediglich die kommunistische Fraktion im Bundestag tat das ihre, um durch fortgesetzte Zwischenrufe und Lärm die Diskussion zu stören. Der Abg. Richter (SRP) wollte am Schluß seiner Rede dem Bundeskanzler eine große Fotografie mit einem Totenschädel überreichen, um, wie er sagte, den Kanzler vor den Folgen seiner Politik zu warnen.

Unter dem Beifall des ganzen Hauses schloß Dr. Adenauer das Bild von der Brüstung der Regierungsbank, so daß es der Sprecher der SRP wieder aufheben und zu seinem Platz zurücktragen mußte.



Bundeskanzler Dr. Adenauer bei der Abgabe seiner Regierungserklärung innerhalb der Verteidigungsdebatte des Bundestags.

## Nach der Wehrdebatte

Von Karl Lerch

Länger als im voraus angenommen wurde, hat der Bundestag zwei volle Tage über den Fragenkomplex debattiert, der mit einem deutschen Wehrbeitrag innerhalb einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft zusammenhängt. Zwar wußten die Millionen von Deutschen, die die Erörterungen mit Spannung am Radio verfolgten, daß der Bundestag noch keine Entscheidung über unsere Beteiligung an den verschiedensten internationalen Vertragswerken fällen würde. Dennoch war, geweckt durch die Auseinandersetzungen in Versammlungen und in der Presse, das Interesse der Öffentlichkeit genau so groß als handle es sich um eine Abstimmung. In aller Breite, und oftmals auch mit aller Leidenschaft, ist das ganze Thema vor dem deutschen Volk ausgebreitet und das Für und Wider erörtert worden.

Die großen Gegenspieler der Debatte waren Bundeskanzler und Regierungsparteien — an erster Stelle CDU — auf der einen Seite und die in Opposition stehende SPD auf der anderen Seite. Wenn sich die Auseinandersetzung zwischen diesen Kontrahenten über das „Ob“ eines deutschen Verteidigungsbeitrags auch meist in dem sachlichen Rahmen verantwortungsbewußter parlamentarischer Arbeit bewegte, so wurde doch zuweilen mit allzuviel Pathos und Gefühl zum „Fenster hinaus“ gesprochen. Dieses „Fenster“ hatte die Technik mit der Übertragung der ganzen Debatte durch die deutschen Rundfunksender geöffnet. Damit waren allen Rednern Möglichkeiten gegeben worden, wie noch nie zuvor den Angehörigen eines deutschen demokratischen Parlamentes. Davon haben — das liegt nahe — die Redner der KP-Gruppe freimütig Gebrauch

gemacht, denn sie hatten die einmalige Chance, den Sturz der Regierung Adenauers, ihren Auftraggebern im Osten deutlich vernehmbar, zu proklamieren. Von dieser Möglichkeit ließen sich aber auch Sprecher der großen Parteien sichtlich beeindruckt.

Was sich aus der großen Debatte, die in politischen Gesprächen weitergeführt werden muß, mit aller Deutlichkeit ergeben hat, ist die Tatsache, daß sich Regierungsparteien und sozialdemokratische Opposition in der Verteidigungsbereitschaft grundsätzlich nicht unterscheiden. Von der „Ohne-uns-Parole“ will die SPD nichts mehr wissen. Sie hält die Verteidigung von Freiheit und Demokratie für lohnend, aber ihr erscheinen Wege und Mittel der Bundesregierung nicht geeignet, zu einer sinnvollen Mitwirkung an einer europäischen Verteidigung zu kommen. Nach Ansicht der SPD ist die Bundesregierung zu nachgiebig, zu entgegenkommend gegenüber den alliierten Vertragspartnern. Es müssen ihrer Meinung nach noch eine ganze Menge Voraussetzungen zur deutschen Zufriedenheit geklärt werden, wie die krisenhafte Saarfrage, die absolut eindeutige militärische Überlegenheit der Westmächte auf dem europäischen Kontinent, die Gleichberechtigung des deutschen Partners insbesondere bezüglich der Verfügungsgewalt über die Europaarmee, die verfassungsrechtliche Seite hinsichtlich der Zuständigkeit des Grundgesetzes für die Aufstellung eines deutschen Kontingents für die Europaarmee und die Sicherung eines „sozialen Verteidigungsstats“. Schließlich bestreitet die SPD diesem Bundestag das Recht, über eine so schwerwiegende Frage entscheiden zu können. Sie verlangt Neuwahlen. Die Opposition will an die Macht, um dann die ihrer Vorstellung nach notwendigen Voraussetzungen für einen deutschen Wehrbeitrag zu schaffen.

Auch die Regierungsparteien haben zu verstehen gegeben, daß sie nicht um jeden Preis die Verträge mit den Westalliierten zu unterschreiben bereit sind: Die Freilassung aller deutschen Gefangenen, die sich nicht schuldig gemacht haben, gehören zu diesen Voraussetzungen, es gehört dazu die absolute Friedenspolitik der Alliierten, die Aufhebung des Besatzungsrechts, eine sozial tragbare Höhe der Verteidigungslast und die politische und militärische Gleichberechtigung Deutschlands.

Alle diese Voraussetzungen, alle Gegensätze und alle Diskussionen über einen Verteidigungsbeitrag sind nicht etwa die Frucht der Freude von uns Deutschen am Soldatentum. Im Bundestag waren sich alle Parteien (außer den Kommunisten) darüber einig, daß die Uneinigkeit der Alliierten, die schließlich zu einer latenten Bedrohung des Westens durch den Osten geführt hat, das Übel ist, das uns zu solchen Überlegungen und auch zu einer klaren Entscheidung zwingt.

Niemand will den Krieg, alle wollen sie den Frieden. Es wäre unverantwortlich, die Parole zu unterstützen, daß die Verteidigungsdebatte um die Frage Krieg oder Frieden geführt worden ist, und daß diejenigen, die sich für den Weg der Sicherung des Friedens durch einen gemeinsamen, von den freien Völkern gebildeten Schutzwall entscheiden, den Krieg wollen.

Das deutsche Volk kennt jetzt die Absichten der Regierung, und die Regierung weiß jetzt, wie die vom Volk gewählten Vertreter darauf reagieren. Noch sind die Vertragswerke nicht fertiggestellt, aber gerade deshalb sollten die alliierten Vertragspartner die große Debatte im Bundestag bei ihren zukünftigen Entscheidungen nicht außer acht lassen. Niemand will sie erpressen, aber man kann auch das deutsche Volk nicht als zweitrangigen Partner am Gängelband führen. An den Alliierten wird es also nicht zuletzt liegen, ob Dr. Adenauer, wenn er die fertigen Verträge dem Bundestag vorlegen wird, das „Ja“ dazu nicht nur von den Parlamentariern erhalten

## Zwölf Stunden Diskussion

Das Recht auf die Heimat

Als erster Redner wies Dr. Kather (CDU/CSU) auf die Gefahr aus dem Osten hin, über deren volles Ausmaß manche in der Bundesrepublik und auch besonders in Frankreich sich noch nicht klar geworden seien. Die deutschen Heimatvertriebenen sollten für die Bereitschaft einer Verteidigung ganz besonders aufgeschlossen sein, fragten sich aber, was aus ihrer Heimat werde, zumal aus Frankreich Stimmen kämen, daß französische Soldaten nicht für Königsberg sterben wollten, während es in Deutschland heiße, man wolle nicht für Jalta und Potsdam sterben. Dafür solle überhaupt keiner sterben. Die Vertriebenen wollten keinen Krieg, auch nicht für die Wiedererringung ihrer Heimat. Sie könnten aber das Recht auf ihre Heimat nicht preisgeben.

Präambel: Fromme Wünsche

Von Tadden (fraktionslos) kritisierte, daß der Bundeskanzler es versäumt habe, auf konkrete Einzelheiten des Vertrages einzu-

gehen und lediglich einiges über die Präambel ausgeführt habe, die nicht mehr sei „als eine Sammlung frommer Wünsche“. Die Westmächte hätten bisher noch nicht versucht, die Basis von Jalta und Potsdam zu verlassen. Ein deutsches Heer könne nicht aufgebaut werden, solange das deutsche Verhältnis zum Westen durch dieses Abkommen belastet sei.

Arndt: Ganzes und klares Nein

Als zweiter Sprecher der SPD erklärte Dr. Arndt, die Forderungen der SPD seien seit Jahren bekannt, unteilbar und unabdingbar. Sie seien bisher nicht erfüllt und daher bleibe es beim klaren und ganzen Nein. Vor allem sei die Freiheit der Entscheidung in der gegenwärtigen Situation nicht gegeben. Das

Fortsetzung auf Seite 2

## Elizabeth II. feierlich proklamiert

„God save the Queen“ / Königin von Australien

LONDON. Elizabeth II. ist gestern offiziell zur Königin proklamiert worden. Ein dreifacher Fanfarenstoß der königlichen Herolde mit dem goldgestickten Wappen auf den Rittermänteln kündigte der zu tausenden zählenden Menge auf dem Schloßhof des alten St. James-Palastes die Verlesung der Proklamation durch den „ersten Wappenkönig“, Sir George Bellew, an.

Unter den Klängen der Nationalhymne, deren Text jetzt „God save the Queen“ lautet, gingen in ganz Großbritannien die auf Halbmast gesetzten Flaggen für sechs Stunden wieder in die Höhe. Gleichartige Feiern fanden an drei anderen Stellen in London und in allen anderen britischen Städten statt. Den Abschluß bildete ein Ehrensalue für die erste britische Königin seit dem Tode der Königin Viktoria vor 51 Jahren.

In ihrer Erklärung bekannte sich Königin Elizabeth mit klarer Stimme zu den Grundsätzen der konstitutionellen Regierung und verkündete feierlich, daß sie „gläubige Protestantin“ ist, traditionsgemäß verpflichtete sie sich dann zur Erhaltung der schottischen Kirche — eine Formalität, die von der schottischen Union mit England im Jahre 1707 herührt.

„Ein leuchtendes Vorbild konstitutionellen Herrschertums für die heutige Welt wie auch für kommende Generationen“ nannte Premierminister Winston Churchill in einer Rundfunksprache an die britische Nation den verstorbenen König. Churchill würdigte die schlichte Selbstverständlichkeit, mit der der König an der Seite seiner Londoner die Schrecken des Bombenkrieges durchmachte und nannte dies einen „Zug echten Königtums“. Die britische Krone beschrieb Churchill als „das geheimnisvolle, ja magische Bindeglied, das unser locker gefügtes, aber engverwobenes Commonwealth der Nationen,

Staaten und Völker vereint. Die gleichen Völker, die niemals eine in schriftlicher Verfassung niedergelegte Verminderung ihrer souveränen Rechte dulden würden, bekennen am stolzesten ihre Loyalität dieser Krone gegenüber.“

Fünf Könige werden unter dem Trauergefolge sein, wenn der verstorbene König Georg VI. am kommenden Freitag in Windsor beigesetzt wird. Es sind König Baudouin von Belgien, König Frederik von Dänemark und König Gustaf Adolf von Schweden, König Paul von Griechenland und der 16jährige König Feisal von Irak. Schon jetzt werden alle Einzelheiten für den Tag des Begräbnisses festgelegt, an dem das gesamte öffentliche Leben Großbritanniens als Ausdruck der letzten Ehrerbietung für den toten König stillstehen wird. Die Schulen und voraussichtlich auch alle Läden werden geschlossen sein. Die britische Rundfunkgesellschaft wird geschlossen sein.

Bundeskanzler Adenauer wird in seiner Eigenschaft als Außenminister der Bundesrepublik an den Beisetzungsfeierlichkeiten für König Georg von England teilnehmen, verlaute am Freitag aus Regierungskreisen.

## Die IOK-Sitzung abgesagt

KOPENHAGEN. Das Internationale Olympische Komitee hat am Freitag nach siebenstündigem Warten auf die Delegierten des Nationalen Olympischen Komitees der Sowjetzone (NOK-Ost) die von ihm einberufene Sitzung der west- und ostdeutschen Vertretungen abgesagt.

Auf der Konferenz sollte eine Einigung über eine gesamtdeutsche Vertretung für die Olympischen Sommerspiele in Helsinki erzielt werden.



Königin Elizabeth II. von England betrat am Donnerstagmorgen, mit dem Flugzeug aus Südafrika kommend, erstmals als Königin die Erde ihres Vaterlandes, erwartet von Premierminister Churchill und einer Regierungsdelegation. Unser Bild zeigt die Königin beim Verlassen des Flugzeugs. Mit dem Rücken zur Kamera von rechts nach links: Winston Churchill, der Führer der Opposition, Clement Attlee, und Außenminister Anthony Eden.

# Regierungskoalition . . .

Fortsetzung von Seite 1

Parlament habe die Aufgabe, „eine geschichtliche Entscheidung nahezu vorwegzunehmen“. Arndt warnte davor, die deutsche Lage mit der koreanischen zu vergleichen, und aus Angst, daß die Amerikaner sich von ihrer bisherigen Politik abwenden, zu einem Verteidigungsbeitrag zu kommen. „Durch Angst sind niemals Kriege verhütet worden, wohl sind durch Angst schon Kriege ausgebrochen.“ Die amerikanische Politik könne es sich nicht leisten, Deutschland oder Europa aufzugeben, weil hier das drittgrößte Industriepotential der Erde liege. Das pro-sowjetische „Ohne mich“ sei im August 1950 entstanden, als der Bundeskanzler den Alliierten in einem Memorandum mitgeteilt habe, er sei bereit, einen deutschen bewaffneten Beitrag zu leisten.

Man könne die Wehrpflicht nicht auferlegen wie eine Steuer. Weder das deutsche Volk noch die Weltgeschichte würden Schaden nehmen, wenn der Bundestag durch Neuwahlen abgelöst würde. Zur Außenpolitik des Bundeskanzlers äußerte Dr. Arndt, Adenauer bemühe sich um die Quadratur des Zirkels, wenn er ein Gleichgewicht zwischen den Deutschen und den Franzosen auf dem bisherigen Wege herstellen wolle. Die zwischen diesen Völkern bestehenden Spannungen müßten auf einer höheren Ebene aufgehoben werden.

## In welcher Gefahr die Bundesrepublik schwebt

In seiner Erwiderung auf die Ausführungen Arndts erklärte der Bundeskanzler, es sei falsch, daß nach der Entscheidung, die der Bundestag jetzt zu fällen habe, er seine Unterschrift unter Verträge setzen könne, durch die die deutsche Jugend bewaffnet werde. Dem Haus sei keine Vorlage unterbreitet worden.

Zur Beantwortung der Behauptung Arndts, der Bundeskanzler habe in einem Schreiben vom 29. August an die Hohe Kommission sich zu militärischen Leistungen der Bundesrepublik bereit erklärt, verlas Adenauer Abschnitte dieses Memorandums, in denen auf die Entwicklung im Fernen Osten hingewiesen wurde, die in der Bundesrepublik Beunruhigung und Unsicherheit ausgelöst habe, zugleich verursacht durch in der sowjetischen Besatzungszone stationierten sowjetischen Kräfte, die aus insgesamt 22 motorisierten und Panzer-Divisionen mit je 10 000 bis 12 000 Mann bestanden hätten.

Als Gegenkräfte seien 1950 im Bundesgebiet lediglich je zwei amerikanische und britische Divisionen und einige französische Verbände stationiert gewesen. Die Bundesregierung habe damals nur über einige schwache Zollgrenzkommandos verfügt, der Zahl wie der Ausrüstung nach völlig unzureichend. Er habe deshalb seine Bitte um eine Verstärkung der Besatzungstruppen wiederholt. Weiter hieß es in dem Memorandum: „Der Bundeskanzler hat ferner wiederholt seine Bereitschaft erklärt, im Falle der Bildung einer internationalen westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines westeuropäischen Kontingents zu leisten. Damit ist eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß der Bundeskanzler eine Remilitarisierung Deutschlands durch Aufstellung einer eigenen nationalen militärischen Macht ablehnt. Die Bundesregierung schlägt vor, umgehend auf Bundesebene eine Schutzpolizei in einer Stärke aufzustellen, die eine ausreichende Gewähr für die innere Sicherheit zu bieten vermag. Die Bundesregie-

lung ist sich darüber im klaren, daß eine solche Schutzpolizei nur im Wege über ein verfassungsänderndes Gesetz aufgestellt werden kann. Sie ist bereit, einen entsprechenden Gesetzentwurf sofort den gesetzgebenden Körperschaften vorzulegen.“

Dieses Memorandum sei das Ergebnis einer langen Aussprache mit der alliierten Hohen Kommission gewesen und habe dazu gedient, französische Vorwürfe, man wolle eine nationale Armee schaffen, zu widerlegen.

### Sicherheit und Freiheit: Ja oder nein

Dr. Schäfer (FDP) stellte fest, es komme darauf an, die Sicherheit für eine freiheitliche Entwicklung in der Solidarität einer kollektiven

## Prof. Schmid: Auch bei Gleichberechtigung Nein

Prof. Schmid wiederholte den Standpunkt der SPD, daß „unter der Herrschaft des Grundgesetzes, so wie es heute ist, die Aufstellung einer Wehrverfassung nicht möglich“ sei. Doch darüber werde das Bundesverfassungsgericht zu entscheiden haben.

Die bisher bekannten Bestimmungen des Generalvertrags seien zu vage. Zur dort in Aussicht gestellten Friedensregelung sagte Schmid, ein gesamtdeutscher Friede sei der einzige Friede, der mit uns geschlossen werden könne und dies sei nur mit allen vier Besatzungsmächten möglich.

Auch bei voller deutscher Gleichberechtigung würde die SPD nein sagen, da diese nur eine der Voraussetzungen für ein Ja sei, zumal die politischen und militärischen Voraussetzungen nicht erfüllt wären. Zwölf deutsche Divisionen würden nur den Schein einer Sicherheit haben. Ein militärischer Beitrag müsse Deutschland eine Chance geben, daß ihm „das Schicksal Schlachtfeld und nichts als ein Schlachtfeld zu werden erspart werden kann.“ Als positive Beiträge der SPD bezeichnete Schmid die Entwicklung der Voraussetzungen, die auch die Regierungsparteien sich zu eigen gemacht hätten, die Forderung auf Neuwahlen als demokratisches Ventil für die Massen des Volkes und die Verhinderung des Anwachsens der Kommunisten zu einer Massenorganisation durch das Verhalten der SPD. Abschließend sagte Schmid, man könne sich nicht in einer Armee zusammenschließen mit einer Macht, deren Ziel es sei, ein Stück deutschen Landes für immer von Deutschland loszureißen.

### Adenauer bedauert Schmidts Rede

Bundeskanzler Adenauer hielt Professor Schmid vor, er habe in seiner Rede vertrauliche Mitteilungen, die er der SPD-Fraktion gemacht habe, verwendet. Die schwebenden Verhandlungen habe Schmid nach diesen Informationen angezogen, obgleich diese inzwischen fortgeschritten seien. Daher seien wesentliche Punkte der Kritik Schmidts überholt. Bei der Widerlegung einzelner Punkte, wandte

tiven Sicherheit der freien Welt zu erreichen. Zwischen sozialer und politischer Sicherheit bestehe ein unlösbarer Zusammenhang. Als erste Frau griff die CDU-Abg. Brauk-siepe in die Debatte ein. Sie versicherte dem Bundeskanzler, daß es noch „Frauen mit tapferem Herzen gebe“, denen die Sicherung der Freiheit, der Familie und des Christentums wichtig sei. Auch die Frauen würden für einen Frieden Opfer bringen und damit einverstanden sein, daß Wächter rechtzeitig auf die Deiche gestellt würden, um nie wieder das furchtbare Wort „Frau komm“ hören zu müssen.

### Das zweigeteilte Deutschland

Frau Westel (Föderalistische Union) behauptete, der starke Anklang, den die „Notgemeinschaft“ im Volk gefunden habe, beruhe darauf, daß die Öffentlichkeit nicht über das Für und Wider eines Wehrbeitrags aufgeklärt und daher unruhig geworden sei. Das sei die Schuld der Regierungsparteien. Die zu beantwortende Frage laute, ob die Aufrüstung der Bundesrepublik und ihre Eingliederung in den Westblock angesichts des zweigeteilten Deutschlands der rechte Weg ist, um die Freiheit und den Frieden zu sichern. Frau Westel erkannte den ehrlichen Willen des Bundeskanzlers an, den Frieden zu sichern, nahm aber auch für sich dasselbe in Anspruch.

Jäger (CDU) äußerte die Frage des Wehrbeitrags sei nicht in erster Linie eine Verfassungs-, sondern eine politische und ethische Frage. „Wir wollen keine Nationalarmee“. Die deutsche Jugend sei nur bereit, „unter der Fahne Europas ein Jahr zu dienen oder gar nicht“. Das deutsche Volk erwarte ein Ja oder Nein des deutschen Bundestages.

er sich auch gegen die Feststellung, daß ein Provisorium keine Verträge erlaube, was bedeuten würde, „daß wir ganz Deutschland preisgeben“.

Prof. Schmid wies die Behauptung des Kanzlers, er habe vertrauliche Informationen in seiner Rede benutzt, als „unrichtig“ zurück. Darauf antwortete der Bundeskanzler noch einmal, wobei er versicherte, er werde die Erklärung Schmidts nachprüfen lassen. Auf eine Bemerkung Schmidts, der Bundeskanzler habe „auch heute auf dem Niveau gesprochen, das wir von ihm gewohnt sind“, antwortete Adenauer: „Ihre letzte Bemerkung lag unter ihrem Niveau.“

### Ehlers: Die Drohung aus dem Osten

Bundestagspräsident Dr. Ehlers (CDU) wandte sich dagegen, daß das Gespräch im Plenum so geführt werde, als „ob es nur Schwarz oder Weiß“ gebe. Nicht nur die Deutschen bangten um ihre Söhne. Eine deutsche Einheit könne es nur in Freiheit geben. Man

## Außenministerkonferenz am 16.

Lissabon am 20. Februar

PARIS. Die Außenminister der drei Westmächte werden ihre geplante Londoner Konferenz am 16. Februar abhalten, gab ein französischer Regierungssprecher gestern bekannt. Die ursprünglich für den 13. Februar vorgesehene Konferenz wurde wegen der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen englischen König verlegt. Auf britisches Ersuchen wurde auch die NATO-Konferenz, die am 16. Februar in Lissabon beginnen sollte, auf den 20. Februar vertagt.

können sich ausrechnen, was man tun müsse, um dem deutschen Volke zu nützen. Dazu gehöre der Entschluß, sich gemeinsam mit den Völkern der freien Welt gegen die Drohung aus dem Osten zu stellen.

Im ersten Teil seiner Rede hatte sich Ehlers in grundsätzlicher Weise mit dem religiösen Pazifismus und all den Strömungen, die sich fälschlich mit ihm identifizieren, auseinandergesetzt. Er kam zu dem Ergebnis, daß es für einen Christen nicht von vornherein an dem sei, daß er gegenüber einer klar erkannten Gefahr die Hände in den Schoß legen müsse. Sein Verhalten werde im Rahmen der religiösen Gebote allein vom Gewissen bestimmt.

Gegen Ende der Debatte gab der Fraktionsvorsitzende der Christlich-Demokratischen Union, Abg. v. Brentano, noch einmal ein Resümee der zweitägigen Auseinandersetzungen über die Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrags.

Der SPD gegenüber bedauerte v. Brentano, daß sich diese Partei weder zu einem Ja zu dem Verteidigungsbeitrag durchgerungen, noch zu einem klaren Nein bekannt habe.

Abg. Ollenhauer (SPD) nahm gegen 21 Uhr nochmals das Wort. Er bemühte sich, die im Laufe des Tages an der SPD geübte massive Kritik zu widerlegen. Die Außenpolitik Adenauers gehe von falschen Voraussetzungen aus.

Nach mehr als zwölfstündiger Debatte, in deren Verlauf alle Parteien ein stilles Redneraufgebot auf die Tribüne schickten, schloß Bundestagspräsident Ehlers gegen 22 Uhr die große Aussprache des westdeutschen Bundestages über die Frage einer personellen Beteiligung der Bundesrepublik an der europäischen Verteidigung. Es folgte noch die Abstimmung über die von den Koalitionsparteien eingebrachten Resolutionen, deren Ergebnis wir auf Seite 1 veröffentlichen.

In namentlicher Abstimmung wurde die entscheidende Resolution der CDU/CSU, FDP, DP über die Beteiligung der Bundesrepublik an einer europäischen Verteidigung mit 204 gegen 156 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

## Kleine Weltchronik

**Dentisten werden Zahnärzte.** Bonn. — Dentisten erhalten die Bestattung als Zahnärzte, wenn sie an einem Fortbildungskurs über Mund- und Kieferkrankheiten, sowie Arzneimittellehre erfolgreich teilgenommen haben, bestimmt ein Gesetzentwurf über die Ausübung der Zahnheilkunde, der dem Bundestag zuging und in Kürze behandelt werden soll.

**Lastenausgleichsgesetz in Kürze.** Bonn. — Der Vorsitzende des Lastenausgleichsausschusses des Bundestages, Johannes Kunze, kündigte im Bulletin der Bundesregierung an, daß das Lastenausgleichsgesetz in Kürze vom Bundestag verabschiedet werden soll.

**Eden dankt Adenauer.** Bonn. — Der britische Außenminister Eden hat Bundeskanzler Adenauer telegraphisch für dessen Anteilnahme am Tod des englischen Königs gedankt. Das Telegramm lautet: „Ich danke Eurer Exzellenz für die Anteil-

nehmende Botschaft zum Tode Seiner Majestät, des Königs. Ich weiß, daß Eure Exzellenz das tiefe Gefühl eines persönlichen Verlustes mit allen Untertanen Seiner Majestät teilen. Wir waren alle tief bewegt von der spontanen Teilnahme des deutschen Volkes an unserer nationalen Trauer.“

**Deutsche Nonnen aus USA-Botschafter in Moskau vollzogen.** Washington. — Die Nominierung des amerikanischen Diplomaten George Kennan zum neuen Botschafter der USA in Moskau wurde gestern von Truman offiziell vollzogen, nachdem der Rücktritt des bisherigen Botschafters in Moskau, Aisan Kirk, rechtskräftig wurde.

## „Fast völlig bankerott“

Vertrauensvotum für Faure

PARIS. Die französische Nationalversammlung hat Ministerpräsident Faure in der Nacht zum Freitag mit der knappen Mehrheit von 392:275 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Faure hatte die Vertrauensfrage mit einer Verfahrensfrage verbunden; die Versammlung sollte seinem Wunsche entsprechend die Beratung über die Einführung „einer gleitenden Lohnskala“ als dringlich erklären.

Das knappe Abstimmungsergebnis läßt es zweifelhaft erscheinen, ob die Regierung ihre Vorlage überhaupt durchbringen kann.

Vor der Abstimmung hatte Faure erklärt, Frankreich sei „fast völlig bankerott“, die Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs könne nur durch „Korrekturen“ abgewendet werden.



UEBESROMAN AUS CHINA VON ANITA HUNTER

Copyright by Hamann-Meyerpress (11. Fortsetzung)

Er trat rasch und völlig lautlos in die Kabine ein. Seine Füße steckten in Schuhen, die mit Lappen umbunden waren, er bewegte sich geschmeidig wie ein Tier.

„Was wollen Sie?“ Jennifers Stimme klang heiser. Mit einem Sprung stand sie am Bett des Kindes. Sie hatte nur den einen Gedanken: Yen Sei durfte nichts geschehen! Sie nahm den Jungen auf den Arm.

„Was wollen Sie?“ fragte sie noch einmal. Ein Grinsen zog über das Gesicht des Chinesen. Er hob den Revolver:

„Vorwärts!“ zischte er in gebrochenem Englisch. Seine Hand griff nach dem Kind. Jennifer drückte den Knaben an sich. Ihre Augen flammten, das weiße Schwesternhäubchen war herabgefallen, die rotgoldenen Haare umhüllten ihr Gesicht wie eine lodrende Flamme.

„Zurück!“ flüsterte sie heiser, „rühren Sie das Kind nicht an!“

In der Tür tauchten jetzt andere Gestalten auf, phantastisch anzusehen. Die Stille war beinahe unheimlich. Die Augen der chinesischen Männer waren starr auf Jennifer gerichtet. Alle hatten Waffen in der Hand.

„Vorwärts!“ zischte der Mann mit der Narbe noch einmal und deutete auf die Tür. Einer der anderen war an das Lager Professor Ashleys getreten. Er bogte sich über die regungslose Gestalt. Dann richtete er sich auf.

„Tot!“ sagte er und wiederholte es auf Englisch.

„Tot?“ flüsterte Jennifer. Ihre Augen flogen schein zum Bett hinüber. Sie konnte es nicht fassen.

Die Männer begannen jetzt unheimlich schnell und mit peinlicher Genauigkeit die beiden Kabinen zu durchsuchen. Sie stopften alles, was sie fanden, in die Koffer. Als einer seine Hand nach der roten Ledermappe ausstreckte, riß Jennifer sie an sich.

„Nein,“ sagte sie hart, „nein!“ Sie stopfte die Tasche in den Ausschnitt der Bluse. Mit dem einen Arm hielt sie den kleinen Yen Sei fest. Das Kind ahnte nichts von der Gefahr, es schlang die Arme Jennifer um den Hals und leckte die fremden Männer an.

Jennifer laschte. Kam denn keiner zu Hilfe? Aber sie hörte nichts, es war seltsam still. Alles war so unheimlich schnell und lautlos vor sich gegangen.

Der Mann mit der Narbe rief den anderen irgend etwas Unverständliches zu. Sie rafften die Koffer auf und verschwanden durch die Tür. Der Chinese bogte sich noch einmal über die stille Gestalt Professor Ashleys. Brutal stieß er den Schaft des Revolvers in die Seite des regungslos Daliegenden.

„Rühren Sie ihn nicht an, lassen Sie den Toten in Frieden! Er ist gestorben — ein Toter, verstehen Sie das nicht?“

Jennifers Stimme war nur ein heiseres Flüstern. Der Mann wich zurück, Jennifer wußte, daß alle Chinesen sich vor Toten fürchten.

„Er ist ein Zauberer — ein großer Arzt — und nun ist er tot!“ sagte sie noch einmal. Sie fühlte, daß Tränen in ihren Augen brannten, aber sie durfte jetzt nicht weinen. Sie mußte Yen Sei schützen, sie mußte dieses Kind verteidigen, und wenn es ihr eigenes Leben kosten sollte.

„Wir gehen“, sagte der Mann mit der Narbe und stieß Jennifer, die den Knaben trug, vor sich her. Sie taumelte, wagte aber keinen Widerstand. Noch einmal warf sie einen Blick auf die stille Gestalt des alten Mannes, der zu ihr wie ein Vater gewesen war.

Sie fühlte das kalte Metall des Revolvers im Nacken. Still trat sie mit dem Kind in den schmalen Schiffskorridor hinaus.

Der Anblick, der sich ihr bot, benahm ihr den Atem. Das Schiff war von bewaffneten Chinesen besetzt. Die wenigen Passagiere standen mit dem Gesicht zur Wand und mußten die Arme über den Kopf heben. Als der Missionar, der Jennifers Schritt erkannte, sich umwenden wollte, schlug ihm einer der bewaffneten Männer brutal über den Kopf.

Der Kapitän und die Männer der Besatzung lagen gefesselt auf dem Boden.

Die warme, weiche Nachtluft brachte Jennifer ein wenig zur Besinnung. Sie blieb stehen.

„Ich will nicht weiter! Was wollt ihr von mir?“

Keiner antwortete, sie sah nur in ausdruckslose Asiatengesichter. Der Chinese mit der Narbe bogte sich dicht zu ihr herunter. Sie spürte seinen heißen Atem auf der Wange und fuhr zurück.

„Vorwärts!“ befahl er.

Mechanisch ging sie weiter. Sobald sie zögerte, fühlte sie den Druck des kalten Metalls, den Druck der Revolvermündung, die man an ihren Nacken preßte.

Wie durch einen Zauberschlag lohten jetzt am Ufer Feuer auf. Huschende Gestalten eilten hin und her.

Ein riesiger Mann in chinesischer Kultracht tauchte aus dem Dunkel auf. Unerwartet fühlte sich Jennifer von zwei kräftigen Armen umschlungen und emporgehoben. Sie preßte das Kind an sich, ihr Atem ging keuchend. Eine Hand warf ein dunkles Seidentuch über

sie, nun sah sie nichts mehr, fühlte nur, daß sie getragen wurde. Tausend glitzernde Ringe begannen vor ihren Augen zu kreisen. Sie hatte das Gefühl, in eine purpurne Tiefe zu stürzen, dann verließ sie das Bewußtsein . . .

Ein tiefer, zitternder Atemstoß kam über die Lippen der stillen Gestalt, die einsam in der Kabine lag. Eine kraftlose Hand tastete nach dem Lichtschalter, aber es kam kein Licht.

„Jennifer!“ Keine Antwort. Professor Ashley versuchte sich zu erheben. Er schwankte, aber mit eiserner Energie hielt er sich aufrecht.

„Jennifer, wo sind Sie?“

In diesem Augenblick hörte Professor Ashley wieder den Rhythmus des Schiffsmotors. Das Schiff fuhr — wie lange schon?

Er tastete sich zur Tür vor, ganz plötzlich war auch wieder Licht da. Er rief. Eine weiße Gestalt kam um die Ecke des Ganges. Der chinesische Steward.

„Wo ist Miß Stone?“

Der Chinese sah den alten Herrn an. Er versuchte zu sprechen, seine Lippen zitterten. Seine Stimme war leise und ausdruckslos.

„Fort“, sagte er, „fort — und der kleine Prinz auch!“

„Fort?“

In hastigen, sich überstürzenden Worten erzählte der chinesische Boy, was geschehen war: . . . sie verschwanden, alle zusammen im ‚toten Land‘. Niemand wird sie wiederfinden. Von dort kehrte noch keiner zurück!“

Es war, als griffe eine Faust nach Professor Ashleys Kehle, er wollte schreien, aber kein Laut kam über seine Lippen, und plötzlich wuchs die zarte Gestalt des alten Mannes, die Augen flammten wie in fanatischem Feuer.

„Von dort kehrte noch keiner zurück?“ murmelte er, „das wollen wir doch einmal sehen . . .“

(Fortsetzung folgt)

# Sozialisierung und Mitbestimmung

Neues Stadium / Das Ahlener CDU-Programm und die Initiative der SPD

ht. Die Frage unserer Wirtschaftsverfassung ist eins der Probleme, die unsere innenpolitische Entwicklung entscheidend mitbestimmen. Es geht dabei um Stellung und Rechte der Arbeitnehmer in allen Wirtschaftszweigen und gleichzeitig um die Besitzverhältnisse in den Grundstoffindustrien. Neben den Gewerkschaften haben sich vor allem die CDU und die SPD diesen Fragen schon in dem Moment gestellt, in dem sie nach 1945 die beiden stärksten politischen Kräfte in den Ländern und 1949 auch in der Bundesrepublik wurden. Die SPD erneuerte damit eine alte Forderung sozialdemokratischer Politik in der ganzen Welt. Die CDU gab sich mit ihrer Haltung zu dieser Frage eine Grundlage, von der aus die neue christlich-demokratische Partei eine Partei der Mitte werden wollte. Über die grundsätzliche Notwendigkeit der Neuordnung der deutschen Wirtschaft waren sich von Anfang an die beiden großen Parteien einig; die CDU als Vertreterin einer Wählerschaft, die sich u. a. aus Arbeitern, Bürgern und Unternehmern zusammensetzt, nicht anders wie die SPD, die heute nicht mehr nur eine Partei der Arbeiterschaft ist. So wenig, wie sich die CDU nach 1945 darauf beschränkte, die einstige Zentrumspartei auf überkonfessioneller Ebene zu restaurieren, so wenig ist die SPD im „orthodoxen“ Sozialismus stehen geblieben.

Aber wie weit besteht heute noch eine grundsätzliche Übereinstimmung in diesen Fragen zwischen den beiden Parteien, die sich in Bonn als Träger der Regierung und als Opposition gegenüberstehen? Die SPD ist ihren Prinzipien treu geblieben, ohne, wie ihr neuer Gesetzentwurf über die „Sozialisierung“ bestätigt, sich neuen Impulsen zu verschließen, die aus dem kommen, was sich vielleicht in dem Wort „Labour-Sozialismus“ zusammenfassen läßt. Die in der Regierung stehende CDU hat es schwerer. Die Partnerschaft mit FDP und DP, zwei Parteien, die dem Ahlener CDU-Programm vom Februar 1947 eindeutig ablehnend gegenüberstehen, hat die CDU ebenso zu Kompromissen gezwungen, wie die nach rechts tendierende Entwicklung in einzelnen Landesverbänden der Partei. Es ist nur noch ein Teil der CDU, der die Forderungen des Ahlener Programms als eine Aufgabe der aktuellen Politik ansieht. Das ist für die bevorstehenden Auseinandersetzungen über die generelle Regelung der Mitbestimmung und die Besitzverhältnisse in den Grundstoffindustrien von großer Bedeutung.

Das Ahlener Programm bejaht nicht nur die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben, sondern es fordert die „Vergesellschaftung“ des Bergbaus und der eisenschaffenden Großindustrie. Wörtlich heißt es im zweiten Abschnitt des Programms u. a.: „Wenn in besonderen Fällen die Form des Staatsbetriebes zweckmäßiger erscheint, so sollen die vorstehenden Grundsätze der Anwendung dieser Form nicht entgegenstehen.“ Entsprechende Anträge brachte die CDU-Fraktion schon im März 1947 im Düsseldorfer Landtag ein. Der damalige Fraktionsvorsitzende, Dr. Adenauer, sagte zur Begründung u. a.: „Wir gehen in unseren Anträgen über die Bergbauindustrie, über die eisenschaffende und über die chemische Industrie hinaus. Wir wollen diese Änderung in Besitz und Machtverhältnissen bei allen monopolartigen Betrieben haben.“ In seiner späteren Regierungserklärung vom 20. September 1949 erklärte zwar der nun Bundeskanzler gewordene Dr. Adenauer noch: „Die sozial- und gesellschaftspolitische Anerkennung der Arbeitnehmerschaft

macht eine Neuordnung der Besitzverhältnisse in den Grundindustrien notwendig“, und drei Wochen später folgte ein Antrag des CDU-Abgeordneten von Brentano, der die Regierung um Vorlage der entsprechenden Gesetzesentwürfe ersuchte; aber dabei blieb es.

In den Sozialausschüssen der CDU, bei den Männern der christlichen Arbeiterbewegung, wie dem Düsseldorfer Regierungschef Arnold, fehlt es zwar nicht an Erklärungen, daß das Ahlener Programm „kein Museumsstück“ sei, doch die von Adenauer bestimmte Politik der CDU in Bonn mußte zu einem Kompromiß zwischen den Ahlenern Grundsätzen und den Programmen der Koalitionspartner FDP und DP werden. Die Initiative in den Fragen der Mitbestimmung und der Neuordnung der Besitzverhältnisse mußte sich damit für Regierung und CDU in Bonn auf die Vorlage von zwei Gesetzentwürfen über die Mitbestimmung beschränken. Der erste, über die Mitbestimmung in den Grundstoffindustrien, war nach langem Drängen der Gewerkschaften und folgenden Gesprächen mit den Sozialpartnern zustande gekommen. Der zweite Entwurf über die Betriebsverfassung ist eine der Arbeitsgrundlagen geworden, von denen aus der Bundestag das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeiter in allen Wirtschaftszweigen gegenwärtig verhandelt. Von der Frage, ob die Mitbestimmung schon in Betrieben mit fünf oder erst in solchen mit zehn Beschäftigten beginnen soll, über das Problem, bei welchen Betriebsgrößen die Mitbestimmung sich auch auf die wirtschaftlichen Entscheidungen des Betriebes erstrecken soll, bis zu der Besetzung der Aufsichtsräte, sind nach den bisherigen Verhandlungen in Bonn noch viele Fragen offen. Die Auffassungen der Parteien des Bundestages gehen nicht weniger auseinander als die zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden.

Nun ist aber ein Moment in den Vordergrund getreten, das die Arbeit am Gesetz über die generelle Mitbestimmung wesentlich beschleunigen dürfte. Es ist die Ankündigung eines SPD-Initiativ-Gesetzentwurfes „zur Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum“. Mit der Ankündigung dieser Initiative hat die SPD auch die Grundzüge ihres Sozialisierungsgesetzes bekanntgegeben.



Queen Elizabeth II. von England mit ihrem Gatten, dem Herzog von Edinburgh und ihrem Sohn, dem Thronfolger Prinz Charles. Foto: AP

Sie dürften nicht nur für die Gewerkschaften, sondern auch für den verbliebenen „Ahlener“ Flügel der CDU eine durchaus akzeptable Diskussionsgrundlage für die Lösung dieses Problems sein. Die von der SPD vorgeschlagenen „Sozialgemeinschaften“, ihr elköpfiger Verwaltungsrat, die Sicherung des Wettbewerbs bei Schaffung einer zwölfköpfigen zentralen Leitung (eine für den Bergbau, eine zweite für die eisenerzeugende Industrie) und die vorgeschlagene Regelung der Entschädigung, das sind Gedanken, die auch in den Gewerkschaften in ähnlicher Form schon geäußert wurden. Gleichzeitig sind sie eher eine Weiterführung des Ahlener Programms. Vergessen wir nicht den Artikel 15 des Grundgesetzes: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“

Heute indessen dürften aus den anfangs geschilderten Gründen im Parlament nur die

SPD und Teile der CDU gesetzgeberische Arbeit für die Sozialisierung wünschen. Schon das damit mögliche Stimmenverhältnis würde für den Beschluß eines Gesetzes nicht ausreichen, das also frühestens nach dem Jahr 1953 aktuell werden könnte. Aber etwas anderes ist wichtig. Für die Regierung besteht die Gefahr, daß die Gewerkschaften den Entwurf der SPD aktiv unterstützen, und ein Teil der CDU ihn zum Anlaß nehmen wird, die Prinzipien des Ahlener Programms wieder zu einem Bestandteil der gegenwärtigen, abschabaren CDU-Politik zu machen. Aus diesem Grunde wird die Regierung vermutlich die anderen Fragen, die zu dem Komplex „Neuordnung unserer Wirtschaft“ gehören, vorantreiben. Sie wird die in der Beratung des Bundestages stehende Erweiterung der Mitbestimmung zu beschleunigen versuchen, wofür einer der zweckmäßigen Wege in der Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie zwischen Regierung und DGB liegt. Gleichzeitig wird die Regierung vermutlich die Unternehmer zu aktivieren versuchen, die eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer schon durchgeführt haben oder dazu bereit sind. Wenn die Mitbestimmung in der ganzen Wirtschaft in einer für die Arbeitnehmer befriedigenden Weise gesetzlich geregelt ist und gleichzeitig der Anfang für eine Ausdehnung der Gewinnbeteiligung auf alle Betriebe sichtbar wird, dann würde dem Sozialisierungsentwurf der SPD heute in der Tat eine seiner Spitzen genommen. Denn dieser Entwurf hat in Bonn gerade darum die außerordentlich große Beachtung gefunden, weil er von dem Willen der breiten Arbeiterschaft auf mehr Beteiligung, auf mehr Rechte und Gleichheit in ihren Betrieben inspiriert ist. Ist dieser, von den Gewerkschaften am sichtbarsten vertretene Wille durch Erweiterung der Mitbestimmung und neue Formen der Gewinnbeteiligung zu befriedigen — was noch zu beweisen bleibt —, so wird die Bundesregierung durch den Sozialisierungsentwurf der SPD vermutlich nicht in eine heikle Situation gebracht werden. Ist aber eine solche Zufriedenstellung der Arbeitnehmer nicht möglich, dann dürfte sich die Initiative der SPD als ein Trumpf erweisen.

## Adriapakt Athen-Rom-Belgrad in Vorbereitung

Von unserem Italien-Korrespondenten Carlo Muzi

ROM. Athen und Belgrad haben ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Teilnahme an einem Adriapakt erklärt, an dem auch Italien teilnehmen soll. Der griechische Ministerpräsident Venizelos Jr., der am 27. Februar in Rom erwartet wird, hat es sich zur Aufgabe gesetzt, Palazzo Chigi von der Notwendigkeit dieses Paktes zu überzeugen. Rom ist von diesem Projekt insofern nicht begeistert, als Belgrad sich weigert das Triest-Problem kurzfristig und im weiten Sinne für Italien zu lösen. Der Vertrag auf politischer, militärischer und wirtschaftlicher Basis würde unter anderem vorsehen, daß Italien einem der beiden Balkanstaaten zur Hilfe eilt, wenn dieser angegriffen werden sollte. Da in diesem Falle die anderen Atlantikmächte Italien (bei der offiziell erfolgten Aufnahme auch Griechenland) militärisch unterstützen würden, sieht man, daß es sich bei diesem Bündnis um die indirekte Sicherung Jugoslawiens im Rahmen des Westpakt handelt.

Venizelos befindet sich, wie griechische Kreise mitteilen, zurzeit in Ankara, um die türkische Regierung über seine Absichten zu unterrichten. Der griechische Staatsmann hat außer einer Reihe bekannter Diplomaten auch die Mitglieder des Generalstabes bei sich. Die Türken, die paktmäßig an die Griechen gebunden sind, stimmen dem Plan zu. Belgrad hat zur Vorbereitung der diplomatischen Aktion, die auf den USA-Botschafter bei Tito, Allen, zurückzuführen ist, neue Botschafter in Rom und Athen ernannt. Der neue jugoslawische Vertreter am Tiber, Velebit, gilt als einer der fähigsten Diplomaten Jugoslawiens. Ihm gelang es, in den USA seine Hilfeforderungs-Mission in den sicheren Hafen zu bringen. Velebit hat die schwierige Aufgabe übernommen, den Italienern den jugoslawischen Standpunkt klar zu machen, nach dem Triest eine sekundäre Frage ist. Es kommt nach Titos Ansicht jetzt vor allen Dingen darauf an, den Adriapakt zu schließen.

## Verdi „Die Macht des Schicksals“

Neueinstudierung der Staatsoper Stuttgart

Daß es einmal eine lange Zeit gab, in der die Oper „la forza del destino“, die 1862 für Petersburg geschrieben und 1869 für die Scala erweitert und umgewandelt worden war, in Deutschland und anderswo vom Spielplan so gut wie verschwunden war, wird heute kaum mehr begriffen — denn sie enthält vielleicht am konzentriertesten von allen, was der Großmeister komponierte, „stark, einfach und groß“ jene pralle Lebensfülle, jene Gegensätzlichkeit von Liebe und Haß, Schlächtersgetümmel und Klosterfrieden, pittoreskem Italien und einsamer Seelenmystik, die Verdi wünschte und liebte, gerade in dem kritischen Moment der Entwicklung der Oper, da Meyerbeers großräuschende Szenarien verschwanden und Wagners asketisch-mythisches Seelendrama seine Wirkung begann.

Ich glaube, es führt zu einer falschen Einschätzung der Oper, wenn sie von der Schauerdramatik des Flaveschen Textbuchs her verstanden wird. Die Zufälligkeiten, die sich hier blühen und für Schicksale im Sinne der romantisierenden Schicksalsdramen gehalten werden, sind vom Musikdramatischen her wohl begründet und sogar gefordert, und wenn Verdi von dem Stück des Spaniers Perez de Savadra ergriffen wurde, so wußte er dabei genauestens, auf was es ihm bei der Komposition ankam: um die Weiterbildung des national-italienischen Opernstils über Troubadour und Rigoletto hinaus hin zur grande opera, die ihm mit Aida gelang.

Der Italiener braucht die äußere Sichtbarmachung der seelischen Konflikte — Wagner dagegen die mehr symbolische der Zauberkräfte. Eine zufällig losgehende Pistole löst den Tod zwischen dem Entführer der Leonore und deren Bruder Don Carlos aus, die Sache der Befreiung Italiens — man bedenke, daß Verdi damals Abgeordneter im Cavour-Parlament war — führt die beiden männlichen Feinde unerkannt auf dem Schlachtfeld zusammen, wo sie sich ewige Freundschaft schwören, und sofort auch wieder auseinander, als Don Carlos aus den Briefen, die der durch eine Verwundung dem Sterben nahe Alvaro dem Freunde übergeben hat, erkennt, daß es der verfluchte Mörder seines Vaters und Führer seiner Schwester ist. Und nun wird

neben diesem männlichen Ehrkonflikt der weibliche der Leonore großartig entwickelt. Das Kloster ist der bergende Ort für die verzweifelt Liebende, ins Kloster geht der Geliebte nach Erfüllung seiner militärischen Mission und vor der Klausur der Leonore spielt sich das tragische Treffen der beiden Männer ab, ihr Zweikampf, in dem Don Carlos fällt und im Falle die wiedererkannte Schwester mit dem Dolche tötet.

Mit den äußeren Zufälligkeiten aber sind dem Komponisten alle Gelegenheiten gegeben, die mit Pathos geladenen Leidenschaften der verletzten Ehre, der tragischen Liebe, des soldatischen Mutes, aber auch die fromme Pathetik der weitüberlegenen Ruhe der Mönche, den wildesten Haß und die überströmende göttliche Gnade und pietät in großen Musikszenen zu schildern. Franz Werfel, der fündige Expressionist, hat 1935 das Textbuch umgedichtet und Fritz Busch verhalf ihm im selben Jahr von Dresden aus der Oper zu einem Welterfolg.

Zu fragen wäre jedoch, ob es sich lohnt, die Werfelsche Bearbeitung einer Neueinstudierung zugrunde zu legen. Wir haben Bedenken, An zu vielen Stellen mußten auch musikalische Änderungen vorgenommen werden und bei der Auführung, für die Ferdinand Leitner in Stuttgart verantwortlich war, hat man die Busch-Werfelsche Fassung gehört mit all den Eigenmächtigkeiten, die von Verdi sicher nicht gut geheßen worden wären. Werfels Text beansprucht eigene dichterische Wertung, sie verachtet das Verhältnis von untergeordnetem Wort und deutendem Ton, sie „schillert“ etwa in der Kapuzinerpredigt des Fra Mellone, sie macht aus dem edlen Inku Alvaro einen rassistisch minderwertigen Mexiziner, was sehr bedenklich ist. Die Ouvertüre von 1868 — zusammengesetzt aus den führenden Melodien der Oper — erklingt nach dem ersten Bild und was dergleichen mehr ist. Trotz alledem — die Grundkonzeption der Endfassung schlägt herrlich durch; die vier Akte kommen in ihrer stimmungshaften Gegensätzlichkeit und mit ihrem melodischen Finales vollkommen geschlossen heraus: die Ermordung des Vaters (I. Akt), die Einkleidung der Nonne mit dem Vorherrschenden der frommen Mystik (2. Akt), buntes Soldatenlager und Komik des Fra Mellone mit dem zündenden Ratsplan (3. Akt) und pathetische Versöhnung der Leidenschaften im letzten Akt.

Für die Verdeutlichung sorgten die in schräger Diagonale angelegten plastisch-malerischen Bühnenbilder unter Ausnützung der Bühnentiefe (Lenti Bauer-Easy) — barocker kernenerhellter Klosterraum, in dem ein düsteres Weltengelbde hereinragt, zerschossene Ruinen einer Stadt, Klausur auf einsamer alpiner Höhe. Alles ungemein sinnfällig und herrlich opernhaf.

Den dramatisierten Belcanto in den verschiedensten Stufen zu geben, war die Aufgabe der Sänger. Ganz, Schönheit und Erregung, eine Dreifaltigkeit, für die streng genommen nur italienische Kehlen erzogen sind, werden kaum je von einem deutschen Sänger ganz erfüllt. Wenn wir die Leonore von Maria Kinnasiewicz zuerst nennen, so deswegen, weil sie wohl dem Verdischen Ideal am nächsten gekommen ist. Ausgezeichnet ihr „parlante misto“ im Ausdrucksmelod, das leitmotivisch wiederkehrt, und ihre „melodia“ überschriebene Bitte um Frieden am Schluß. Wie gerade diese versöhnende Schlußmusik sich ganz ins Seelische auflöst und den herkömmlichen Arienstypus sprengt, wurde in ihrer Darstellung hervorragend offenbar. Der Tenor Alvaro Stefan Schwens gab eine ausgefallene hochintelligente dramatische Artikulation, nicht aber zur vollen Zufriedenheit die Kantiene, während es bei seinem Gegenspieler, dem Bariton Engelbert Czuboks, umgekehrt war. So klangen die großen, entscheidenden Duette nicht voll harmonisch, doch mag das in den folgenden Aufführungen sich ausrunden, bei denen ein mögliches Ideal dann erreicht wird. Zuverlässig der metallene Bass Otto von Rohrs (Pater Guardian) und drastisch in der Komik der Fra Mellone, der von Verdi shakespearell angelegt war, von Heinz Kramer.

Kurt Puhlmanns Regie war wieder in den Chorszenen, die alle die gewünschte, oft auch „gestellte“ Farbigkeit hatten, auf untadeliger Höhe und die Chöre der Mönche und Soldaten und des Volkes sangen in disziplinierter Abstufung, von Heinz Mende einstudiert, vollkommen stilgemäß. Was an begleitenden und selbständigen Funktionen vom Orchester ausgeführt werden muß, brachte Ferdinand Leitner mit einer Exaktheit, ausladenden Größe und mit präzisiertem Rhythmus zu Gehör. Wir staunten vor allem über die rauschenden Bläserpartien und das affektgeladene Melos der Streicher. Hier ist Mu-

sikdramatik im besten Sinne Ereignis geworden. Ungemein herzlich und langer Beifall rief am Schluß alle Beteiligten an der schönen Auführung viele Male vor den Vorhang. Die Stuttgarter Oper steht unerschütterlich in vorderster Reihe. E.M.

## Goethe — vom Mythos her gesehen

Werner Danckert, Goethe, Walter de Gruyter, Berlin 1951, XXVI, 630 S., 20 DM.

Als Spätling des Goethejahres erschien dieses umfangreiche Werk, das sich in vier Teile gliedert, deren Titelüberschriften „Die psychische Sphäre“, „Mensch und Kultur“, „Wissenschaft und Kunst“ und „Die kosmische Sphäre“ schon seinen Aufbau zeigt und zugleich eine Einsicht in das Anliegen des Verfassers vermittelt. Dankert will den von ihm belegten mythologischen Ursprung der Goetheschen Weltanschauung von allem Psychopathischen und Pathologischen trennen und hinweisen, daß sich für Goethe der Mythos etwas Lebendiges war, die Zusammenfassung jener Urerlebnisse, die er selbst Antizipationen nannte.

Zweifelloos ist das Buch ein wertvoller Beitrag zur wissenschaftlichen Goetheliteratur. Mit seinen Tausenden von Hinweisen und Abertausenden von Belegen und Zitaten verhilft es zu einer wesentlichen Erweiterung und, was wesentlich erscheint, Modifizierung des bisherigen Goethebildes. Dankert unterscheidet — wie Kerényi — prinzipiell zwischen Mythos, Mythologie, Theologie und Gnosis. Wenn auch der Begriff des Mythos mit den herkömmlichen religionswissenschaftlichen Aspekten stark verwoben bleibt, so ist doch allein schon die Tatsache anzuerkennen, daß die Ergebnisse der modernen Mythenforschung — die bisher im allgemeinen nur der Aufhellung ethnologischer Phänomene vorbehalten blieben — unseres Wissens nach erstmalig zur Deutung der „aus dem Innern am Äußeren sich entwickelnden Offenbarung, die den Menschen seine Göttlichkeit vorahnen läßt (Goethe)“ angewandt werden. Dies ist der entscheidende Gewinn der recht anstrengenden Lektüre eines Werkes, das in Umwandlung eines Wortes von J. Burckhardt vielleicht aussagen will, daß die wahre unerreichte Größe Goethes sein Mythos ist. Dr. W. N.

**Gewinne ohne Risiko!**

- 1) Für DM 10.- erhalten Sie bei jedem Postamt und jedem Kreditinstitut einen Baby-Bond.
- 2) 5 Jahre lang können Sie damit alle 3 Monate gewinnen: 50000.-, 25000.-, 10000.-, 1000.- oder 500.- DM.
- 3) Am 1. Sept. 1956 erhalten Sie Ihre DM 10.- zurück. Nächste Ziehung am 1. März 1952.

Aus Baden

Großherzogin Hilda von Baden †

Badenweiler. Hier starb gestern vormittag die vor einigen Tagen schwer erkrankte Großherzogin Hilda von Baden im Alter von 87 Jahren.

Die Trauerfeier für die Verstorbene findet voraussichtlich am Mittwoch in der evangelischen Kirche von Badenweiler statt.

Jugendberatungsstellen für Westdeutschland

Tiltssee. Die Errichtung von Jugendberatungsstellen in den größeren Städten Westdeutschlands ist auf einer Tagung der freien deutschen und ausländischen Verbände für Jugendarbeit am Sonntag in Tiltssee beschlossen worden.

Aus Nordwürttemberg

Jugendheim an Stelle von Untersuchungshaft

Stuttgart. Die „Bewährungshilfe e. V. Stuttgart“, deren Ziel es ist, straffällig gewordene Jugendliche wieder auf den rechten Weg zu bringen, hat sich bei Gericht für eine Strafaussetzung mit Bewährungsfrist einzusetzen, hat bei Böblingen ein Waldhaus gemietet, das als Jugendheim eingerichtet werden soll.

Erfolgreiche Milchschaftzucht

Stuttgart. Auf der Jahresversammlung der württembergischen Milchschaftzüchter, die kürzlich in Stuttgart-Sillenbuch stattgefunden hat, wurde bekannt, daß sich der Bestand der Hilfanerdbuchtiere in Württemberg seit dem letzten Jahr verdoppelt hat.

Kurze Umschau im Lande

Mit einem Leichenwagen zusammengestoßen ist in Stuttgart ein Lastkraftwagen, drei Leichenräger wurden verletzt.

Vater und Sohn, ihre Ortskenntnis in mehreren Gemeinden des Kreises Crailsheim dazu aus, um 17 schwere und 33 einfache Diebstähle zu begehen.

Große Schulraumnot herrscht in Gottwollhausen, Kreis Schwäbisch Hall. Für 79 Schüler sind nur 56 Sitzplätze vorhanden.

Bonner Lexikon

Während der Bundestagsdebatte über den Wehrbeitrag in Bonn wurden von verschiedenen Rednern Fremdwörter benützt, die in der Rechtssprache gebräuchlich sind, die aber von politisch und juristisch Ungeschulten nicht ohne weiteres verstanden werden.

So sprachen die Redner davon, daß durch die Ernennung eines französischen Botschafters an der Saar ein Zustand präjudiziert wurde, der erst in einem Friedensvertrag hätte geregelt werden dürfen.

In anderen Reden kam der Begriff Präambel vor. In einer Präambel, die größeren und wichtigen Staatsverträgen als Vorrede meist vorangestellt wird, werden allgemeine Ausführungen über die Gesetze gemacht, die den eigentlichen Staatsvertrag dann darstellen.

Einige Abgeordnete sprachen davon, daß sie mit dem Junktim nicht einverstanden seien, das sich durch die zusammenhängende Behandlung des Generalvertrags und des Verteidigungsbeitrags ergebe.

Und nun noch ein Begriff aus dem Vokabular des Abg. Strauß. Er bezeichnete in seinen Ausführungen die Vertreter der „Notgemeinschaft“ als ein „Reiseteam peripatetischer Politiker“.

Bauernhof oder Nahrungsmittelfabrik?

Biogas für das Bauernhaus / Förderung des freiwilligen Landdienstes

KB. Bad Boll. Ein großer französischer Maler, der ein Bauernsohn war, malte in der Mitte des vorigen Jahrhunderts ein Bild, das er „Abendgebet“ nannte.

„Die Mechanisierung des Lebens auf dem Lande“ war das Thema, das die Evangelische Akademie Bad Boll an die Spitze ihrer Tagung für Bauern und Bäuerinnen von 26. bis 30. Januar gestellt hatte.

Ein Zurück gibt es nicht mehr. Wir müssen auf dem Land wie anderswo mit der neuen Situation fertig werden und dürfen doch keine Roboter werden, sondern müssen Menschen im wirklichen Sinne, wie das Paar auf jenem Bilde Milletts, bleiben.

brauchen wir die Verdreifachung der Erträge. Der Mangel an Arbeitskräften ist heute die große Not auf dem Lande.

„Deshalb müssen die Maschinen einfacher werden, müssen es aber auch Bauer und Bäuerin lernen, in deren Beherrschung so souverän zu werden, wie die Abnen es in der Beherrschung ihres Handwerkszeugs waren.“

Die Tagung gab interessante Einblicke in die Weiterentwicklung der Technik auf dem Lande. Staunend hörte man, daß es vielleicht bald möglich sein wird oder vielmehr prinzipiell heute schon möglich ist, pro Tag und pro Kuh zwei Kubikmeter Gas, sogenanntes Biogas, aus den Fäkalien zu gewinnen.

Man sprach zuletzt über den gefährlichen Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande. Von verschiedenen Leuten wurde ein freiwilliger Landdienst gefordert, der allerdings nicht mit Erinnerungen an den Arbeitsdienst belastet sein dürfte.

Ludwigsburg ist wieder Garnisonsstadt

Ludwigsburg. Die Stadt Ludwigsburg hat sich in den letzten Jahren wieder zur Garnisonsstadt entwickelt. Von den 12 größeren Kasernen sind wieder zehn in militärische Hände übergegangen.

Hans im Pech

Reichenbach. Viel Pech auf einmal hatte ein Landwirt aus Reichenbach unterm Reckberg. Vor kurzem mußte er sein elfjähriges Pferd wegen einer Krankheit abgeben.

In einer Kraftfahrzeugsfabrik in Plochingen sind in den letzten neun Monaten etwa 65 000 Kugellager im Wert von 25 000 DM gestohlen worden.

VdK bildet Arbeitsgemeinschaft Südwest

Vorläufiger Sitz in Tübingen / Soziale Errungenschaften sollen gesichert werden

Freudenstadt (Eig. Bericht). Die Landesverbände des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegerverwundeten und Sozialrentner (VdK) von Württemberg-Hohenzollern, Württemberg-Baden und Baden trafen gestern in Freudenstadt zu einer gemeinsamen Tagung zusammen.

Es wurde die sofortige Bildung einer sozialpolitischen Arbeitsgemeinschaft auf der Ebene des Südwesstaates beschlossen. Zum Vorsitzenden der „VdK-Arbeitsgemeinschaft Südwest“, die ihren vorläufigen Sitz in Tübingen hat, wurde der Landesvorsitzende von Württemberg-Hohenzollern, Ludwig Hönle, bestellt.

Ostdeutsche Woche Sigmaringen 1952

Sigmaringen. Die Stadt Sigmaringen wird nach dem starken ideellen Erfolg eines ersten Versuchs im vergangenen Jahr künftig alljährlich der Ort einer „Ostdeutschen Woche“ sein.

Sonderzüge zum Wintersport

Tübingen. Am morgigen Sonntag verkehrt der Wintersportsonderzug von Tübingen zum Lichtenstein und zurück mit weitgehend ermäßigten Fahrpreisen.

Sonntagsmorgen im Wenter

Duß ich kalt, dr Schnai laut krecht, D' Leit, mo uf dr Schtroß send, machet Lange Schritt ond schnaufet schwer.

liches Zuhause schaffe. Man sprach sich gegen die Unterbringung der Landdienstjugend in Heimen oder Lagern aus.

Bisher 2000 Feuerwehrmänner geschult

Tübingen. An der im Sommer 1947 aufgebauten Landesfeuerwehrschule in Tübingen-Lustnau wurden mit Ablauf des 40. Maschinistenlehrgangs bisher 2000 Feuerwehrmänner geschult.

Zufahrtsstraße zur Autofähre

Friedrichshafen. Die Bundesbahn will in Friedrichshafen eine Zufahrtsstraße zur Autofähre bauen, die aus zollrechtlichen Gründen für den allgemeinen Verkehr gesperrt bleiben soll.

Wie wird das Wetter?

Aussichten bis Sonntagabend: Am Samstag meist stärker bewölkt mit nur geringen Aufhebungen und noch leichten Schneeschauern.

Schneebericht vom Freitag

Alb: Sport gut bis sehr gut. Dreifaltigkeitsberg 90, verweht; Maßstetten 47, Pulver; Schopfloch 48, Pulver; Stöten (Gail. Alb) 39, verweht; Kaltes Feld 59, Pulver; Ostmetzingen 70, verweht.

Auch das wurde berichtet

In der Nähe von Schlat im Kreis Göppingen wurden dieser Tage einige in südöstlicher Richtung fliegende Schneepänze beobachtet.

Wir haben kürzlich gemeldet, daß die Spar- und Darlehenskasse Hochdorf, Kreis Horb, irrtümlich einen Wagon Kohle erhielt.

auf dem Säckinger Münsterplatz Arbeiter auf eine alte Grabenlage. In einer Tiefe von 1,10 Meter lagen zwei Skelette ohne Sarg im gelben, vom Rhein angespülten Sand.

Im Stadtrat von Lörrach kam es zu Beschwörungen gegen einen Totengräber, der schon in verschiedenen Fällen die Gräber zu klein ausgeschauflert hatte.

Einen „Weltrekord“ im Sprung mit den Rodelschlitten stellten zwei Jungen in Innsbruck auf. Angespornt durch das Beispiel des österreichischen Springerkönigs Brandl beschlossen sie, ebenfalls auf der Innsbrucker Skischanze einen Sprung zu wagen.



Wer richtig rechnet und mit Bedacht entscheidet, der raucht ZIGARREN. Und hat recht: wo gibt es soviel guten Tabak für so wenig Geld? ... immer mit der Ruhe und 'ner guten Zigarre!





# Die Kohlenspende kommt

Vorbereitungen vor dem Abschluß / 1500 t für Württemberg-Hohenzollern

TÜBINGEN. — Wie kurz vor Weihnachten gemeldet, hatte sich der Kohlenbergbau bereiterklärt, aus dem Hausbrand- und Kleinverbraucherplan 1951/52 200 000 t Hausbrandkohle für besonders Hilfsbedürftige kostenlos zur Verfügung zu stellen. Unter Voraussetzung eines Verhältnisses von 50 000 t Steinkohle und 150 000 t Braunkohlenbriketts stellt diese Spende bei den geltenden Ab-Werk-Preisen einen Wert von 4.640 Mill. DM dar. Außerdem unterstützt die Deutsche Bundesbahn die Aktion durch die Übernahme eines Teiles der Transportkosten in Höhe von 1 Mill. DM.

Die Voraussetzungen zur Verteilung dieser Kohlenspende sind damit geschaffen. Empfangsberechtigt ist, wer die Weihnachtsbeihilfe 1951 des Sozialamtes erhalten hat. Das ist der Personenkreis der entweder öffentliche Fürsorge, oder als Arbeitslose öffentliche Arbeitslosen-Fürsorge empfängt, soweit das Gesamteinkommen die öffentlichen Richtsätze um nicht mehr als 10 Prozent übersteigt.

Auf den Land Württemberg-Hohenzollern entfällt nach dem Verteilungsschlüssel eine Brennstoffmenge von 30 000 Zentnern. Für die Verteilung der Spendenkohle befinden sich Gutscheine in Vorbereitung, die jeweils auf den Wert von 1 Zentner Braunkohlenbriketts lauten. Gegen Abgabe dieser Gutscheine, die auf den Namen des Berechtigten lauten, nicht übertragbar sind, und am 31. März 1952 ihre Gültigkeit verlieren sollen, kann der Empfänger kostenlos für den Wert von 1 Zentner Briketts Brennstoffe kostenlos bei dem Kohlenhändler beziehen, bei dem er in die Kundenliste eingetragen ist. Hierbei

stellen die Braunkohlenbriketts lediglich den Wertzuschlag dar; ein Anspruch auf Lieferung von Braunkohlenbriketts besteht nicht, vielmehr muß die jeweilige Liefermöglichkeit des Kohlenhändlers in den einzelnen Hausbrandarten berücksichtigt werden.

Der Verteilungsschlüssel für diese 30 000 Zentner Hausbrandspende wird zurzeit von den Verwaltungsbehörden errechnet. Nach ihm ergibt sich die Teilmenge, die auf die Empfangsberechtigten bzw. auf die Haushalte entfällt. Nach Auskunft der beteiligten Ministerien ist mit der Durchführung der Aktion bzw. mit der Verteilung der Gutscheine an die Empfangsberechtigten noch im Laufe dieses Monats zu rechnen. Sobald alle Vorbereitungen abgeschlossen sind, werden die Einzelheiten des Verfahrens durch die Nachrichtenorgane bekanntgegeben.

Es ist besonders wichtig, daß die Dienststellen nicht durch vorzeitige Anfragen bei der Durchführung der letzten Vorbereitungsarbeiten gestört werden. Die Verteilung dieser Kohlenspende, die mit Erlaß des Bundeswirtschaftsministeriums vom 28. Januar 1952 geneigt ist, findet mit Sicherheit statt.

# Zu hohe Kartoffelpreise

Ausreichende Vorräte — aber zu teuer

Kw. Nach den amtlichen Schätzungen unserer Kartoffelernte und den Schätzungen über den mutmaßlichen Bedarf bis zur neuen Ernte ist es zwar tröstlich zu erfahren, daß die vorhandenen Bestände ausreichen werden. Aber mit Verwunderung werden viele die Feststellung des amtlichen Berichtes lesen, daß sich die Preise auf einer Ebene einspielen werden, die bei 11—12 DM für den Verbraucher liegen dürften. Schon seit einiger Zeit haben sich auf dem Speisekartoffelmarkt die Preise auf einem höheren Niveau eingependelt als im Herbst. Sie liegen in manchen Gegenden bereits bei 10 DM. Wie es in dem Bericht heißt, werde eine reibungslose Versorgung nur zu erzielen sein, wenn sich die Verwaltung jeder Eingriffe enthalte. Der Versuch in Nordrhein-Westfalen, eine Erhöhung der Preise durch eine Preisstopverordnung zu verhindern, sei von vorneherein zum Scheitern verurteilt und die Folge gewesen, daß zu dem festgesetzten Preis keine Kartoffeln auf dem Markt angeboten wurden. Man habe die Verordnung daher wieder aufgehoben. Mit dem Erfolg, daß der marktwirtschaftliche Mechanismus wieder funktioniere, das heißt, daß die Kartoffeln wieder auf dem Markt zu einem höheren Preis erschienen.

Ohne Zweifel ist, wie das Beispiel in Nordrhein-Westfalen zeigt, die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern zu gewährleisten. Aber auf der anderen Seite müssen Preise, wie sie durch den Mechanismus der freien Marktwirtschaft in diesem Fall hervorgerufen werden, ebenso bedenklich stimmen. Denn es ist nicht zu übersehen, daß diese Preise für viele Millionen, die heute nicht mehr verdienen als das Existenzminimum oder die von ihrer Rente leben müssen, eine kaum tragbare Belastung darstellen und vom sozialen Gesichtspunkt aus nicht vertretbar sind. Hier liegt ein ernstes Problem, dessen Lösung von selbst der Regierung im sozialen Interesse dringlich ist. Da der Preisstop offenbar kein geeignetes Mittel ist, erscheint der bereits früher ge-

machte Vorschlag, für lebenswichtige Grundnahrungsmittel Verbilligungsscheine auszugeben, durchaus erwägenswert.

Will man sich zu einer solchen Lösung nicht entschließen, dann bleibt nur übrig, Kartoffeln einzuführen und auf diese Weise eine Normalisierung des Marktes zu erzwingen. Geholfen werden muß den sozial schwächsten Schichten, die schon eine Erhöhung der Kartoffelpreise um nur wenige Mark zu ernststen Schwierigkeiten bringt, auf die eine oder andere Weise jedenfalls.

# Eine Million mehr in Arbeit

14 583 294 Beschäftigte Ende 1951

BONN. — Die Zahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik hat sich in den letzten drei Jahren um mehr als eine Million erhöht. Nach einem Bericht des Bundesarbeitsministeriums waren Ende 1951 14 583 294 Personen in Arbeit; das sind rund 420 000 Beschäftigte mehr als Ende 1949. Die Zunahme der Beschäftigtenzahlen fand in den Arbeitslosenzahlen Ende 1949, 1950 und 1951 deshalb keinen entsprechenden Ausdruck, weil sich der Kreis der Arbeitskräfte ständig erweiterte.

# Weniger EZU-Ueberschuß

Bundesrepublik zählt Aitschulden

FRANKFURT. — Im Januar 1952 hatte die Bundesrepublik bei der Europäischen Zahlungsunion (EZU) einen Rechnungsoberschuß von 10,4 Mill. Dollar (Vormonat: 42,9 Mill. Dollar). Die Schrumpfung im Januar erklärt sich aus der Tilgung deutscher Aitschulden aus zweiseitigen Handelsverträgen aus der Zeit vor Errichtung der EZU in einer Gesamthöhe von 43,3 Mill. Dollar.

# Wasserwirtschaft ruft um Hilfe

Gleichstellung mit Grundstoffindustrien

BADEN-BADEN. — Fachleute der Wasserversorgung forderten auf einer fachlichen Aussprachetagung in Baden-Baden Gleichstellung der Wasserwirtschaft mit den übrigen Grundstoffindustrien bei den Vergünstigungen auf der Aufbringungsseite der Investitionshilfe. Der hohe Investitionsbedarf, der bei sechs Milliarden DM investierten Anlagen gegenwärtig auf jährlich 300 Mill. DM geschätzt wird, sei nicht durch Ausdehnungsabsichten hervorgerufen, sondern entspreche allein der öffentlichen Verpflichtung der Wasserwerke zu ausreichender und einwandfreier Wasserversorgung.

# Firmen und Unternehmungen

RUSSEL. — Die Adam-Opeil-AG in Rüsselsheim sieht sich wegen Materialverknappung genötigt, ab 18. Februar für einige Abteilungen Kurzarbeit einzuführen. Vor allem mangelt es an Feinblechen für den Karosseriebau.

WEINHEIM. — Richard Freudenberg 60 Jahre alt. Der bekannte Lederindustrielle Richard Freudenberg wird heute 60 Jahre alt. Freudenberg zählt zu den wenigen Persönlichkeiten in Deutschland, die sich als erfahrene und fortschrittliche Unternehmer auch in der Politik aktiv betätigen.

MÜNCHEN. — Zentralrat der Werbewirtschaft. Der ZAW wählte auf einer dieser Tage abgehaltenen Versammlung Gilbert Hennessy (Verband der Zeitdrucker) an Stelle von Direktor Hans Dürmeyer zu seinem neuen Präsidenten. Vizepräsidenten wurden: K. A. Fuchs (Markenverband), Emil Groß (Gesamtverband der Deutschen Zeitungsverleger) und G. Zacharias (Fachverband Außenwerbung).

# Börsen der Woche

STUTTGART. Nach festem Wochenbeginn bewirkte die gespannte innen- und außenpolitische Lage, u. a. Saarfrage und Wehrdebatte, eine nervöse Haltung der Börsen. Bei starker Zurückhaltung der Käufer mußten besonders Monatswerte zum Teil Kursverluste hinnehmen. Unberührt hiervon blieben betnische Werte, für die sich weiter ein be-

# Ist das ein Ziel?

(\*) „Wenn wir uns mit der Sozialisierung einiger weniger großer Wirtschaftszweige abfinden, die sowieso nicht mehr zu retten sind, dann werden wir damit die Sicherheit gewinnen, daß wir die gesamte übrige Wirtschaft vor diesem Schicksal retten, denn erstens werden die Sozialisierungsfreunde an diesem Brocken schwer zu kauen haben, und sich bei ihren eigenen Anhängern unbeliebt machen, und zweitens werden sie damit so stark beschäftigt sein, daß sie die übrigen Pläne aufschleiben oder ganz aufgeben werden.“

Eine solche Auffassung trifft man heute öfters in wirtschaftspolitischen Diskussionen auf der Unternehmensebene. Dabei handelt es sich jedoch um eine höchst gefährliche Argumentation. Es wird oft das englische Beispiel angeführt, die vermeintliche Tatsache, daß die Verstaatlichungspolitik der englischen Linken gerade aus solchen Gründen stecken geblieben sei. Wer die englischen Verhältnisse näher kennt, wird zur Skepsis gegenüber solchen Auffassungen neigen. Es ist im Grunde wohl lediglich die sehr schwache Parlamentsmehrheit der englischen Sozialisten gewesen, die sie von einem rascheren Vorgehen in der Sozialisierungsfrage abgehalten hat; oft genug hat sich gezeigt, daß die Programmziele die alten geblieben waren.

Es gibt aber ein anderes und vielleicht noch interessanteres Beispiel in Europa, das erst recht das Trügerische der oben zitierten Hoffnung erkennen läßt. Das ist die jüngste Entwicklung in Österreich. Die österreichische Wirtschaftsstruktur ist ziemlich kompliziert. Bestimmte große Industriezweige zum Beispiel die Grundstoffindustrien und die Energiewirtschaft, sind verstaatlicht, aber es sind daneben auch die Aktienmajoritäten von vielen Industriefirmen, die ihrer Rechtsform nach noch privat sind, indirekt im Besitz des Staates, nämlich dadurch, daß die verstaatlichten Großbanken diese Aktienpakete besitzen. Nun hat vor einiger Zeit der österreichische Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe einen Erlaß an alle verstaatlichten Unternehmungen herausgegeben, durch den diese Betriebe angewiesen werden, so wenig wie möglich Aufträge an die private Wirtschaft zu vergeben und vor allem die verstaatlichten und die indirekt in Staatsbesitz befindlichen Betriebe zu Lieferungen heranzuziehen. In dem Erlaß ist ausdrücklich gesagt worden, daß „die verstaatlichten Betriebe sich genau wie die Unternehmungen eines einzigen Großkonzerns zu verhalten hätten.“

Da haben wir also die Betätigung für die nur zu berechtigten Befürchtungen: Die Sozialisierung einzelner Wirtschaftszweige trägt mit Folgerichtigkeit die Tendenz in sich, sich auf benachbarte Wirtschaftszweige fortzupflanzen; sie wirkt immer ansteckend, und wenn eine vernünftige Wirtschafts- und Sozialpolitik ihr Ziel doch eigentlich nur darin sehen kann, daß möglichst viele Menschen Kapitalgeheimt erwerben und damit „entproletarisieren“ werden können, so läuft diese sozialistische Politik ganz im Gegenteil darauf hinaus, daß im Endstadium der angestrebten Entwicklung Kapitalgeheimt überhaupt nur noch in einer einzigen Hand ist, nämlich beim Staat. Ist das wirklich ein erstrebenswertes Ziel? Und andererseits: Bedeutet nicht jeder Kompromiß gegenüber dem Sozialisierungsstreben eine Verkennung der wahren Ziele, denen die Sozialisierungsanhänger zustreben? Das österreichische Beispiel sollte genügen.

merkenwertes Kaufinteresse erhielt. Großbankaktive lagen freundlich, Versicherungen ruhig. Renten waren wenig verändert. Zum Wochenschluß waren Montanaktien auf Rücklauf wieder gut erholt. Im übrigen war die Tendenz freundlich.

# Steuerterminkalender

für die Hauptsteuern in Württemberg-Hohenzollern

- 10. Februar 1952  
Umsatzsteuer: Vorauszahlung und Vorauszahlung für Januar 1952 durch die Monatszahler.  
Lohnsteuer: Anmeldung und Abführung der im Januar 1952 einbehaltene Lohnsteuer durch die Monatszahler.  
Notopfer Berlin für Arbeitnehmer: wie Lohnsteuer.  
Vermögenssteuer: Entrichtung eines Viertels der Jahressteuerschuld.
- 15. Februar 1952  
Beförderungsteuer: Abrechnung der Beförderungsteuer im Personenverkehr für den Monat Januar 1952.
- 20. Februar 1952  
Gewerbsteuer: Vorauszahlung für das 1. Vierteljahr 1952 an die Gemeindekasse.
- 20. Februar 1952  
Beförderungsteuer: Abrechnung der Beförderungsteuer im Güterverkehr, Mobilfahrräder und Werkverkehr für Januar 1952.  
Soforthilfeszugabe: Entrichtung eines Vierteljahresbeitrages der allgemeinen Soforthilfeszugabe.

# DM-Wechselkurse

Die zu jedem Wochenschluss erscheinende Tabelle weist das Umrechnungsverhältnis von 100 DM zu den wichtigsten fremden Währungen aus und zwar nach den Kursen im Zürcher Fremdenhandel.

	1. 2.	8. 2.	1. 2.	8. 2.
Schweizer Franken	77.96	87.90	87.96	87.90
USA-Dollar	20.02	20.01	20.02	20.01
Engl. Pfund	8.77	8.78	8.77	8.78
Fr. Nr. Franken	1167.30	1067.94	1167.30	1067.94
Reiz Franken	1099.28	1097.18	1099.28	1097.18
Reiz Gulden	81.73	81.53	81.73	81.53
Span. Peseten	1638.19	1634.58	1638.19	1634.58
Port. Escudos	601.77	598.31	601.77	598.31
Brasil. Kronen	125.74	125.74	125.74	125.74
Schwed. Kronen	535.58	546.87	535.58	546.87
Argent. Pesos	—	—	—	—
Braz. Milreis	—	—	—	—
Österr. Schilling	84.45	823.08	84.45	823.08
Ital. Lira	13728.48	13728.48	13728.48	13728.48
Dänisch. Kronen	7954.55	7954.55	7954.55	7954.55

Umrechnungskurs 1 Westmark = 4,56—4,52 DM (Ost)

# Wertpapierbörse Stuttgart

Industrie-Aktien		1. 2.	8. 2.	1. 2.	8. 2.
AEG	111	104	104	111	104
Baumw. Unterhausen	19	19	19	19	19
Bernberg	110	108	108	110	108
Brauerei Wulle	97	100	100	97	100
Dattler-Benz	94	91	91	94	91
Deutsche Erdöl	141	141	141	141	141
Deutsche Linoleum	190	190	190	190	190
Erzberger Baumwolle	230	210	210	230	210
Erzberger Maschinen	150	150	150	150	150
Feldmehlfabrik Jetter	124	124	124	124	124
Grüniger Kaysers	113	113	113	113	113
Hesslberg Zement	174	174	174	174	174
Hesslberg Maschinen	25	25	25	25	25
Höhrer Math	135	135	135	135	135
Jonhans Gebr.	85	85	85	85	85
Kienzle Uhren	125	125	125	125	125
König Schmidt	145	145	145	145	145
Knorr C. H.	92	90	90	92	90
Kölb & Schöle	172	172	172	172	172
Kollmar & Jourdan	77	79	79	77	79
Kraftwerk Altwürttemberg	120	120	120	120	120
Maschinen Weingarten	158	158	158	158	158
Mittelschweizer Oberland	145	145	145	145	145
Neckarwerke Ulm	149	149	149	149	149
NSU-Werke Ulm	181	181	181	181	181
Osbert-Werke	126	126	126	126	126
Rhein. Elektrizität	132	132	132	132	132
Sals Heilbronn	108	112	112	108	112
Schubert & Salzer	82	84	84	82	84
Schöle Hohenlohe	30	30	30	30	30
Stemens & Haiske St.	10	9	9	10	9
Siemens & Halske Vorr.	9	9	9	9	9
Spinnerei Pforze	256	226	226	256	226
Stuttzarter Hofbräu	90	91	91	90	91
Stuttzarter Vertriebsabtd.	116	116	116	116	116
Südd. Baumw. Kuchel	23	23	23	23	23
Südd. Zucker	77	77	77	77	77

Ver. Dt. Gifabriken		1. 2.	8. 2.	Ind.-Werke Karlsruhe		1. 2.	8. 2.
Ver. Dt. Gifabriken	150	150	150	Ind.-Werke Karlsruhe	58	48	58
Ver. Dt. Gifabriken	151	151	151	Ind.-Werke Karlsruhe	220	226	220
Ver. Dt. Gifabriken	120	120	120	Ind.-Werke Karlsruhe	96	91	96
Ver. Dt. Gifabriken	730	730	730	Ind.-Werke Karlsruhe	147	175	147
Ver. Dt. Gifabriken	713	713	713	Ind.-Werke Karlsruhe	122	122	122
Ver. Dt. Gifabriken	30	30	30	Ind.-Werke Karlsruhe	34	34	34
Ver. Dt. Gifabriken	38	38	38	Ind.-Werke Karlsruhe	185	198	185
Ver. Dt. Gifabriken	25	25	25	Ind.-Werke Karlsruhe	7	1	7
Ver. Dt. Gifabriken	106	106	106	Ind.-Werke Karlsruhe	110	113	110
Ver. Dt. Gifabriken	190	190	190	Ind.-Werke Karlsruhe	123	118	123
Ver. Dt. Gifabriken	86	86	86	Ind.-Werke Karlsruhe	—	117	—
Ver. Dt. Gifabriken	88	88	88	Ind.-Werke Karlsruhe	276	276	276
Ver. Dt. Gifabriken	111	111	111	Ind.-Werke Karlsruhe	147	158	147
Ver. Dt. Gifabriken	120	120	120	Ind.-Werke Karlsruhe	—	—	—

1) Exklusive Dividenden; 2) exklusive Bezugsrecht

# Aus der christlichen Welt

## Vom Essen und Trinken

Das Gastmahl spielt in den Evangelien eine besondere Rolle, sowohl in den Gleichnissen Christi wie in dem Heilsgeschehen selbst. Nicht nur spricht Jesus vom königlichen Hochzeitsmahl (Matth. 22, 1—14) oder vom großen Gastmahl (Luk. 14, 15—24), sondern er macht auch das Mahl zum Ort seines Erlösungswerkes, angefangen von der Hochzeit zu Kana bis zum letzten Abendmahl, da er den Aposteln seinen Leib und sein Blut unter der Hülle des Brotes und des Weines reicht. Bis zum heutigen Tage feiert die Kirche das eucharistische Mahl und erblickt in ihm das Unterpfand des ewigen Mahles im Himmel.

Sollte nicht jedes Essen und Trinken in Verbindung gebracht werden mit dem Abendmahl und dem himmlischen Mahl? Ist nicht jede Mahlzeit in zehelmsvollender Weise transparent und von tiefer Symbolik erfüllt? Im liturgischen Tischgebet der Mönche heißt es zur Mittagsmahlzeit: „Des himmlischen Tisches mache uns teilhaft der König der ewigen Herrlichkeit“ und zur Abendmahlzeit: „Zum Abendmahl des ewigen Lebens führe uns der König der ewigen Herrlichkeit.“ In besonders eindrucksvoller Weise kommt der Symbolgehalt des Essens in den Speisereisen alter Klöster zum Ausdruck. In den Klöstern etwa des Berges Athos grenzt der Speisesaal unmittelbar an die Kirche an. Die Sitzanordnung ist so, daß der Blick des Vorstehers bei geöffnetem Verbindungstür zwischen beiden Räumen gerade auf den Altar fällt. Wenn also die Mönche nach der Liturgie in den Speisesaal gehen, so erleben sie die Mahlzeit als unmittelbare Fortsetzung der kultischen Feier.

Würden wir uns der tiefen Bedeutung des Mahles wieder mehr bewußt werden, so verlöre unser Essen und Trinken viel von seiner Unruhe, Hast und Oberflächlichkeit. Mit einem mehr oder minder mechanisch gesprochenen Tischgebet ist es nicht getan, der Akt des Essens und Trinkens selbst muß in seiner Tiefe erlebt werden.

Das Mahl hat einen besonderen Bezug zur Gemeinschaft. Das himmlische Gastmahl vereint die Vollendeten, das eucharistische Mahl die Kirche, die auf dem Wege zur Vollendung ist. Jedes Mahl ist seinem Wesen nach Liebesmahl. Agape. Sollte

nicht in jeder Mahlzeit, die wir halten, davon etwas spürbar sein?

Am vollkommsten aber drückt sich der Zusammenhang von himmlischem und irdischem Essen in der Bitte des Vaterunsers aus: „Unser tägliches Brot gib uns heute.“ P. Zacharias.

## Die katholische Hierarchie 1952

1111 Bischöfe und 277 Metropolitanisitze  
Nach dem soeben erschienenen Päpstlichen Jahrbuch 1952 ist die Zahl der Metropolitanisitze im abgelaufenen Jahr von 262 auf 277, die Zahl der residierenden Bischöfe von 1074 auf 1111 und die der Titularerzbischöfe und Titularbischöfe von 846 auf 857 gestiegen. In der gleichen Zeit hat sich die Zahl der Apostolischen Vikariate von 251 auf 236 vermindert, während die der Apostolischen Präfekturen von 131 auf 126 sank. Während des Pontifikats Papst Pius XII. wurden bisher 24 Bischöfe zu Erzbischöfen erhoben, 23 Apostolische Vikariate erhielten den Status eines Erzbistums und 90 Apostolische Vikariate, neun Apostolische Präfekturen und eine Mission „sui iuris“ wurden Diözesen. Im vergangenen Jahre starben insgesamt drei Kardinäle und 76 Erzbischöfe und Bischöfe.

## Konfirmation 1952

Die Konfirmation 1952 wird am Sonntag Judica, 30. März, gehalten. Das Abendmahl der Neukonfirmierten findet am Palmsonntag 6. April statt. Wo zwei Konfirmationen gehalten werden müssen, ist die erste auf Sonntag Lätare, 23., festgesetzt.

## Wiederaufbau der evangelischen Mission

Deutsche evangelische Missionare stehen heute wieder in 30 jungen oder werdenden Kirchen im Dienst, wie im neuen Jahrbuch der deutschen evangelischen Mission mitgeteilt wird. Nach dem Kriege konnten rund 100 deutsche evangelische Missionare ins Ausland gehen. Der deutschen evangelischen Mission stehen für die Betreuung der Missionsfelder etwa 600 000 DM zur Verfügung, die jedoch nur zu einem geringen Teil in Devisen umgewandelt werden können. Missionsdirektor Paul Gerhard Möller, der Anfang März als Feldleiter eines deutschen evangelischen Missionswerkes nach Japan ausreisen wird, erklärte bei seiner Verabschiedung

in Bremen, die deutsche evangelische Mission habe sich trotz Mangel an Mitteln und kirchlichen Kräften entschlossen, Japan als neues Arbeitsfeld zu übernehmen.

WIESBADEN. Unter dem Titel „Die Reformation“ dreht die bekannte Kulturfilmproduktionsgesellschaft Curt Oertel z. Zt. in Wiesbaden einen Film, der ähnlich wie Oertels Michelangelo-Film auf handelnde Personen verzichtet und durch Dokumente aus der Reformationszeit, Bilder der Zeitgeschichte und Darstellungen der Luther-Gedenkstätten die Zeitwende schildern will, in die die Reformation fiel. — Die Uraufführung des Films, der eine Spieldauer von 75 Minuten hat, soll anlässlich der Lutherischen Weltbundtagung in Hannover stattfinden.

BONN. Der bekannte amerikanische Theologe Professor Dr. Reinhold Niebuhr vom Union-Seminar New York wird ab Mitte Juni Vorlesungen an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn halten.

FULDA. Die Redakteure der katholischen Ordenszeitschriften Deutschlands berieten in Fulda über den weiteren Ausbau dieses wichtigen Zweiges der kirchlichen Presse sowie über Fragen der Ausgestaltung und der Werbung. Den Vorsitz führte der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft „Katholische Kirchenpresse“ und des Schriftumsreferats der Fuldaer Bischofskonferenz, Theodor Hüggens.

ALTÖTTING. Die Altöttinger Musikgemeinde beabsichtigt einen Dokumentarfilm über das Leben des hl. Bruders Konrad von Parzham herzustellen. Das Drehbuch schrieb der Kapellmeister der Gnadenkapelle, Ludwig Utlinger von dem auch das Drehbuch des Altöttinger „Marienfilms“ stammt.

BETHEL. Nach der neuesten Statistik gibt es in den USA über 84 Millionen Kirchenmitglieder, das sind 31 Prozent mehr als im Vorjahr. 56 Prozent der amerikanischen Bevölkerung gehören heute einer Kirche oder Religionsgemeinschaft an. 50 protestantische Gruppen mit einer Mitgliedschaft von mehr als 50 000 haben zusammen insgesamt rund 49 Millionen Mitglieder. Die stärkste protestantische Kirche ist die Methodistenkirche mit rund 9 Millionen Mitgliedern. An zweiter Stelle stehen die Söhlichen

Baptisten mit über 7 Millionen. Die Katholiken zählen rund 28 Millionen Mitglieder.

HELSINKI. Finnland feierte unlängst den 100. Todestag von Paavo Ruotsalainen, der als Bauernführer und Förderer der geistlichen Erweckung bekannt geworden ist. Der im Jahre 1777 in Mittelfinnland geborene Kirchenmann hat wesentlich dazu beigetragen, daß die pietistische Bewegung, die um das Ende des 18. Jahrhunderts in Finnland aufkam, weite Kreise des Volkes ergriff und sich im Leben der lutherischen Volkskirche ausprägen konnte. Die Bewegung trug unter Paavo Ruotsalainen auch zur Entstehung einer Schicht finnisch sprechender Bildhauer bei.

## Eine kirchen- und volksgeschichtliche Quelle

Hundert Jahre württembergischer Hauptvereine der Gustav-Adolf-Stiftung dargestellt von D. Dr. Konrad Hoffmann. Sonderheft der Blätter für württ. Kirchengeschichte, herausgegeben von D. Dr. Martin Leube, 143 S. Im Quell-Verlag der Ev. Gesellschaft Stuttgart 1951.

Der Ev. Verein der „Gustav-Adolf-Stiftung“, im Jahr 1843 in Leipzig gegründet, ist seit 1943 auch in Württemberg tätig. Die Geschichte dieses württ. Zweiges bis zum Jahr 1943 verdanken wir dem von 1904 bis 1947 als Vorstand mit dem „Gustav-Adolf-Werk“ verbundenen Verfasser, Württemberg hat seit dem weilschauen Herzog Christoph die Verbindung mit der auswärtigen protestantischen Welt gepflegt. Und das Schwabenvolk war seit je ein Wanderervolk. Dazu kam im 19. Jahrhundert der konfessionell gemischte Staat, kamen Eisenbahnverkehr und Industrialisierung. So erwuchs für die Kirchen die Aufgabe der Diasporapflege, d. h. Versorgung der zerstreuten Glaubensgenossen mit Kirche, Schule

## Schulhaus-Erweiterungsbau in Hirsau genehmigt

Verschönerungen im Kurpark — Sechs Anträge im Wohnungsbau — Aus der letzten Gemeinderatssitzung

Hirsau. Die Gemeinderatssitzung am vergangenen Mittwoch führte bei reger Teilnahme der Öffentlichkeit nochmals das Problem der dringend erforderlichen Schulhaus-Erweiterung vor Augen. Schon seit Jahren befindet sich die hiesige dreiklassige Schule in einer Enge und Gedrängtheit, die keineswegs mehr den Erfordernissen eines geordneten Schulbetriebes entspricht. Von den im vergangenen Herbst zur Vorplanung eingezeichneten Skizzen wurde der am besten in die Umgebung (Ruine des Jagdschlösses und altes Schulhaus) sich einfügende Plan seinerzeit vom Gemeinderat befürwortet.

Bürgermeister Bock konnte nunmehr dem Kollegium die Genehmigung durch die Baudirektion bekanntgeben. Ein nach dem Entwurf von Architekt Hannemann (Hirsau) entstehender Erweiterungsbau wird sich im sogenannten Schulgarten, südöstlich des seitherigen Schulhauses dem Gesamtbild in form schöner Linienführung einfügen. Für dieses seit längerer Zeit geplante Bauvorhaben sind bereits Rücklagen gemacht worden, außerdem wurden bereits im Herbst die Ziegel, teilweise auch Hohlblock- und Schwemmsteine beschafft. Mit der Zustimmung der oberen Baubehörde ist der 30%ige Staatsbeitrag des Kultministeriums gesichert.

Sobald die Genehmigung der Kreisbaupolizeibehörde vorliegt, kann bei Eintritt günstiger Witterung mit den Erdarbeiten begonnen werden. Mit dem Neubau entstehen zwei zusätzliche Schulräume und ein Lehrerzimmer. Im unterkellerten Erdgeschoß finden Heizräume Platz, die beide Schulgebäude mit modernen Heizanlagen versehen.

Für den vielbesuchten Kurpark sind weitere Verschönerungen und Verbesserungen vorgesehen. So wird zunächst im Hauptweg (Eingang Nagoldbrücke bis Kursaal) die mangelhafte Beleuchtung verbessert, wofür die erforderlichen Kabelarbeiten zur Vergebung kommen. Die gärtnerische Ausgestaltung von Eingang, Steingarten und Rondell macht die Beschaffung weiterer Zierpflanzen notwendig. Ferner wurde die Verschönerung der bisherigen ostwärtigen Grenze des Kurparks entlang den Anliegergrundstücken als notwendig erachtet und die Anpflanzung von Decksträuchern empfohlen. In Verbindung mit dem zu erwartenden starken Ausflugsverkehr wird für den neugeschaffenen Parkplatz beim Sportplatz Pletschenau die Anpflanzung

von Nußbäumen als Schattenspendender vorgeschlagen und befürwortet.

Wie in den bisherigen Jahren, wurde der im Rahmen des Wohnbaugesetzes 1952 anfallenden Bürgerschaftsübernahme zugestimmt. Es handelt sich hierbei um eine zwischenzeitliche Bürgerschaft bis zur hypothekarischen Sicherstellung der aus öffentlicher Hand gewährten Bauzuschüsse. Für den Wohnungsbau liegen sechs Anträge vor, für die staatliche Zuschüsse in Höhe von 49.000 DM beantragt sind. In den letzten Jahren wurden für Neubauten in Hirsau insgesamt 149.000 DM genehmigt.

Einem Vorvertrag, dem die Verlegung der Farrenhaltung auf die Jungviehweide Lützenhardter Hof zugrunde liegt, wurde zugestimmt, zumal sich die von der Gemeinde aufzubringenden Kosten günstiger als bisher gestalten. Mit der Frage des Kleinkin-

dergartens beschäftigte sich der Gemeinderat in längeren Debatten, nachdem die bisherige Leiterin, Fri. Vogel, bei Eltern und Kindern gleichermaßen beliebt, sich für einen anderen Wirkungskreis gemeldet hat. Es wurde beschlossen, eine neue Leiterin zu bestellen und den Gemeindevorstand zu erhöhen.

Genehmigt wurde ferner der Tausch eines Privatgrundstückes gegen einen gemeindeeigenen Bauplatz an den alten Kuranlagen. Für die Anlieger der Siedlung am Altbürger Berg wird ein ordentlicher Verbindungsweg zwischen Umlandstraße und Oberem Weg geschaffen. Wenn dann noch nach Beendigung der Kanalisationsarbeiten der Zufahrtsweg ab Haus Rathfelder eine Straßenbeleuchtung erhält, dürften die größten Wünsche der Siedler befriedigt sein. Der öffentliche Teil der Sitzung wurde mit kleineren allgemeinen Anfragen beschlossen.

## „Rollende Musterkoffer“ im Bahnhof Calw

Ueber 50 Aussteller zeigen Neuheiten in der D-Zug-Messe

Ein wenig außerhalb des eigentlichen Bahnhofsgeländes, nämlich kurz vor dem Gebäude der Fischimport-GmbH., stehen seit gestern die Wagen der bereits vorangekündigten D-Zug-Messe. Als wir gestern vormittag einen interessierten Blick in die „rollenden Musterkoffer“ warfen, war dort zwar noch nicht alles so aufgebaut, wie es sich die Aussteller wohl selbst gewünscht hatten, aber für einen ersten Eindruck reichte es doch.

Insgesamt acht große D-Zug-Wagen sind zu fahrbaren Messeständen umgebaut worden und haben sich schon vor Jahren als Bestandteil des „Marshallplan-Zuges“ einen Namen gemacht. Heute nehmen sie an Stelle der graphischen Darstellungen, Schaubilder und Modelle eine Auswahl von Messe Neuheiten auf, zu der mehr als 50 Firmen beigetragen haben. Stellt der erste Wagen die Verwaltungsabteilung des Zuges mit kleinen Büroräumen, Vermittlung, Uebertragungsanlage und anderen technischen Einrichtungen dar, so ist der nächste bereits Ausstellungswagen. Es finden sich hier Schmuckwaren, Bücher des Fackel-Verlags, modische Damenbekleidung und Wetermantel aus einem neuartigen Material. Der folgende Wagen trägt erst recht Messecharakter, denn dort geben sich Kosmetika, Haushaltsmaschinen, Tischdecken aus Plastikmaterial, unzerbrechliche Perlon-Kämme, Bielefelder Unterwäsche, Spitzenblusen aus Wolle, Laden- und Raumheizungen ein Stelldichein.

Der Gang durch den weiteren Teil des Zuges bringt kosmetische Neuheiten, einen Perlon-„Wunderschwamm“, Gasanzünder ohne Feuerstein, Neuheiten für den Küchenge-

brauch, eine handliche kleine Frucht- und Gemüsesaftpresse und Buchhaltungsgegenstände zu Gesicht, ferner eine Universal-Küchenmaschine, die wirklich Mädchen für alles sein kann, Elektro-Dampfbügeleisen und eine Anzahl von form schönen Schlaf-, Wohnzimmer- und Küchenmöbeln. Die praktische Kartoffel- und Obstschälmaschine fehlt ebenso wenig wie die Paste zur Möbelpflege, der knitterfreie Plisseerock aus Perlon bzw. Rayon, weitere Damenbekleidung und Trockenrasierapparate. In leuchtenden Farben präsentieren sich die Allwettermäntel von lederähnlichem Aussehen.

Das besondere Interesse aller Hausfrauen dürfte der aus Oesterreich stammende „Strickfinger“ finden, der das Problem der mehrfarbigen Wollverarbeitung auf verblüffend einfache Art löst und in Ergänzung durch die am Unterarm zu tragenden Wollaufhänger auch die benötigten Wollkäuel an ihren gesicherten Platz verweist. Den fraulichen Ambitionen kommen ferner die Mittel zur Schönheitspflege entgegen, desgleichen das „Waschwunder“, das die Waschlauge zum Umlauf durch die Wäsche zwingt und schließlich eine Auswahl von besitzenswerten Kleider- und Mantelmodellen. Ein weiteres Angebot in Büchern (auch Schweizer Herkunft) sowie ein elektrischer Massageapparat vervollständigen die Schau von Neuheiten aus allen Bereichen des täglichen Lebens.

Dies als kleiner Ueberblick dessen, was die D-Zug-Messe in ihren (übrigens gut geheizten und beleuchteten) Wagen bietet. Wer mehr darüber erfahren möchte, hat dazu heute noch in der Zeit von 10 bis 20 Uhr Gelegenheit.

### „Der evangelische Christ und die CDU“

Vom Kreisauerschluß Calw der CDU wird uns geschrieben: Der letztsonntägliche Vortrag von Dr. Tillmanns MdB. mit dem Thema „Der evangelische Christ und die CDU“ darf wohl seiner besonderen Bedeutung wegen kurz erwähnt werden. Einmal der Person des Redners wegen: Er saß von 1945—1948 im sächsischen Landtag in Dresden, kennt also die Sowjetunion und die SED aus eigener Erfahrung — am Vorabend seines Calwer Vortrags hatte Dr. Tillmanns in Bad Boll die große Auseinandersetzung mit seinem Freunde Dr. Heinemann, der in der Frage des deutschen Verteidigungsbeitrags eine gegenteilige Auffassung vertritt. Zum ändern war die Beteiligung an der Diskussion erfreulich groß, lebhaft und sachlich.

Dr. Tillmanns sprach über Geschichte, Erfolge und Aufgaben der CDU, über die Erfolge der Regierung, an der die CDU maßgebend beteiligt ist. Die von ihm wieder in Erinnerung gebrachten Zahlen sind u. a. auch den Gewerkschaften bekannt und bis heute unbestritten geblieben.

Dr. Tillmanns ging dann auf die Beunruhigung ein, die insbesondere in evangelischen Kreisen durch das Auftreten Niemöllers und Heinemanns hervorgerufen wurde. Aus seiner Erfahrung heraus stellte er fest, daß es mit dem Bolschewismus kein Gespräch gebe. Alles, was nicht kommunistisch ist, ist für den Bolschewismus faschistisch-kapitalistisch. Als sich zeigte, daß die russischen Hoffnungen auf den Sieg des Kommunismus in der Sowjetzone nicht in Erfüllung gingen, wurde dort vor etwa zwei Jahren der totale Zwang eingeführt. Die deutsche Einheit in Freiheit und Selbständigkeit sei nur durch Einigung aller vier Großmächte, also in absehbarer Zeit nicht zu erreichen. Eine Bereitschaft zur gemeinsamen Verteidigung mit dem Westen sei die einzige Möglichkeit, den Sowjets zu entgegen, deren bester Bundesgenosse die Angst sei.

Aus der Diskussion ist erwähnenswert, was Dr. Tillmanns dem kommunistischen Diskussionsredner vorhielt: „In der Sowjetzone werden die Kriegsdienstverweigerer mit 15—20 Jahren Zuchthaus bestraft; in Westdeutschland propagieren die Kommunisten die Kriegsdienstverweigerung!“

## Im Spiegel von Calw

Wir gratulieren!

In der kommenden Woche dürfen folgende betagte Calwer Bürgerinnen und Bürger Geburtstag feiern: Am Montag Pauline Hauser, im Zwingler 26 (76 Jahre); am Dienstag Paul Ojpp, Schillerstraße 20 (76 J.); am Mittwoch Karl Schuon, Torgasse 11 (73 J.); am Donnerstag Karl Kuder, Stuttgarter Straße 44 (70 J.); am Freitag Ludwig Kek, Bahnhofstraße 39 (77 J.); und am Samstag Julius Seeger, Altbürger Straße 23 (74 J.). Allen Altersjubilaren wünschen wir ein frohes Wiegenfest und einen unbeschwerten Lebensabend!

25jähriges Arbeitsjubiläum

Auf eine 25jährige Zugehörigkeit kann Gustav Mohr aus Bad Liebenzell zurückblicken. Der Jubilar ist vor 25 Jahren als Buchdrucker in die A. Oelschläger'sche Buchdruckerei eingetreten. Belegschaft und Betriebsführung ehrten den verdienten und geachteten Mitarbeiter.

Das Programm des Volkstheaters

Wiederum stellt sich Johannes Heesters dem Kinopublikum vor; diesmal mit „Tanz ins Glück“, einer Filmoperette nach dem gleichnamigen Bühnenerfolg von Robert Stolz. An dem heiteren, unbeschwerten Geschehen sind außerdem beteiligt: Grethe Weiser, Lucie Englisch, Beppo Brem, Ursula Lingen und Hans Richter. Der Film läuft übers Wochenende bis einschließlich Montag im Calwer Volkstheater.

Kläranlage für Strickwarenfabrik

Am alten Unterkanal der Strickwarenfabrik Christ, Lud. Wagner sind gegenwärtig Arbeiter des Bauunternehmens Alber mit den Vorarbeiten zur Erstellung einer fabrikeigenen Kläranlage beschäftigt. Die im Zuge der Nagoldkorrektur überflüssig gewordene Kanalunterführung wird auf diese Weise für den genannten Zweck nutzbar gemacht.

Morgen nacht Mondfinsternis

Sofern es die Bewölkungsverhältnisse zulassen, ist in der Nacht von Sonntag auf Montag eine Mondfinsternis zu beobachten. Der Mond tritt am 10. Februar um 23.06 zunächst in den Halbschatten. Dann folgt am 11. Februar 1.03 Uhr der Eintritt des südlichen Mondrandes in den Kernschatten der Erde, wobei um 1.39 Uhr die größte Phase erreicht wird, bei der allerdings nur knapp neun Prozent des Monddurchmessers verfinstert werden. Um 2.15 Uhr erfolgt der Austritt aus dem Kernschatten. Im Laufe der folgenden Tage nimmt die Mondphase ab und erreicht am 25. Februar die Neumondstellung. Hierbei wandert der Erdtrabant genau zwischen Sonne und Erde hindurch, so daß eine totale Sonnenfinsternis entsteht, die jedoch in unseren Breiten nur als Teilverfinsternis (ein Viertel des Sonnendurchmessers) sichtbar ist.

Unsere Gemeinden berichten

Althengstett. In der letzten Sitzung des Gemeinderats wurde die Erbreiterung des Ortsweges entlang dem Gartengrundstück Ade festgelegt. Posthalter Brodbeck wird dort einen Wohnhaus-Neubau erstellen, der auch die Poststelle aufnehmen soll. Zur Erbreiterung der Pfarrgasse wird die Pfarrhausmauer auf die Fluchtlinie zum Haus Schradt zurückgesetzt. — Dem Garten- und Obstbauverein Althengstett wird für das Jahr 1952 ein außerordentlicher Beitrag von 50 DM gewährt. Durch den Zusammenschluß zum Verein ist mit einer wesentlichen Verbesserung und Ausweitung unseres Obstbaues zu rechnen. — Das diesjährige Kinderfest findet am Montag, 21. Juli, statt.

Deckenpfronn. Im Gärtringer Laubwald wurden am Dienstag nachmittag zwei Muttersauen erlegt, wovon eine 4 und die andere 10 Junge in wenigen Wochen geworfen hätte. Gottlob Aichele von hier war der glückliche Schütze.

### Arbeitskräfte gesucht

Bei der Arbeitsamtsniederstelle Calw sind folgende offene Stellen gemeldet:

Männlich: Mehrere ledige Landarbeiter mit Kost und Wohnung; 1 Landarbeiter-Ehepaar (mit Wohnung); 1 Möbelschreiner, 25 Jahre alt; 1 Glaser; 1 Elektro-Installateur, 18 bis 21 Jahre; 1 Obermeister für Strumpffabrik; 1 techn. Zeichner für Konstruktionsbüro, bis 35 Jahre; 1 Kürschner; 1 Jungkoch; 1 Kantinenkoch (kann gelernter Metzger sein), ledig; 1 selbst. Konditor, ledig, 25—30 Jahre; 2 Bäcker, davon 1 mit Konditoreikenntnissen; 4 Hotel- und Hausdiener (auch angelernte Kräfte).

Weiblich: 1 Direktionssekretärin; 4 Stenotypistinnen, perfekt; 1 Zuschneiderin; 1 Friseurin; 3 Waschfrauen; 1 Verkäuferin für Lebensmittel; mehrere Hausgehilfinnen für Geschäfts- und Privathaushalte sowie Gasthöfe. Für das Hotel- und Gaststätten-gewerbe, und zwar für die Sommersaison 1952, werden für die Kur- und Badeorte Bad Liebenzell, Bad Teinach und Hirsau eine größere Anzahl Hotelfachkräfte, wie Köche, Küchenchefs; Patissiers; Belköchinnen; Saal-töchter; Büfettfräuleins; Serviererinnen sowie mehrere Zimmer- und Küchenmädchen gesucht.

Näheres beim Arbeitsamt Calw zu erfahren! Berufstätige haben die Möglichkeit, die Abendsprechstunden jeweils donnerstags von 17—19 Uhr aufzusuchen.



**WINTER-SCHLUSS-VERKAUF**

*Heute letzter Tag!*

Wer auf seinen Vorteil bedacht ist, beachte dies: Es gibt noch viele Reste, Einzelstücke und Einzelpaare — ganz besonders weit unter Preis. Eine einmalige Gelegenheit!

**Breuninger**  
STUTTGART

Bekleidung · Ausstattung · Schuhe · Sport      Großzügig · Modern · Solide

Das Standesamt Calw meldet

Geburten:

Lore Klütke, T. d. Landwirts Walter Rentschler, Schmieh; Albert Walter, S. d. Formers Walter Strauß, Gechingen; Ursula, T. d. Schlossers Walter Krauß, Gechingen; Gisela Waltraud, T. d. Fuhrunternehmers Gotthilf Holzäpfel, Calw, Hengstetter Steige; Gisela Marianne, T. d. Landwirts Otto Bauer, Röttenbach; Reinhard, S. d. Holzmachers Otto Linder, Schwarzenberg; Siegfried Walter, S. d. Webers Walter Schaible, Calw, Torgasse; Ulrich Gerhard, S. d. Kaufmanns Oskar Reich, Calw, Inselgasse; Klaus Dieter, S. d. Zimmerers Fritz Bröning, Seitzental, Gde. Altbulach. Eheschließungen: Keine. Sterbefälle: Keine.

Die Landespolizei berichtet

Diebstahl

In der Zeit vom 12. Dezember 1951 bis 4. Januar 1952 entwendete ein Arbeiter aus Altensteig zum Nachteil von verschiedenen Arbeitskamaraden aus dem Umkleideraum eines Betriebes in Altensteig in mehreren Fällen kleinere Geldbeträge im Gesamtwert von 46 DM.

Unfälle beim Schlittenfahren

Am 1. Februar verunglückte beim Schlittenfahren auf dem Alzenberger Weg in Calw ohne Verschulden Dritter ein 7jähriger Junge schwer. Er zog sich einen Schädelbruch zu.

Verkehrsunfälle

Auf dem Vorstadtplatz in Nagold stießen am 1. Februar ein Pkw und ein Lkw zusammen. An beiden Fahrzeugen entstand Sachschaden. Der Unfallhergang ist noch nicht geklärt.

Am 2. Februar stießen in der Freudenstädter Straße in Nagold ebenfalls ein Lkw und ein Pkw zusammen, wobei wiederum Sachschaden entstand. Die Schuld an dem Unfall dürfte den Lkw-Fahrer treffen, da dieser die rechte Fahrbahnseite nicht eingehalten hatte und so den Pkw rampte.

Zum zweitenmal Hab und Gut verloren

Rotensol. In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag brannte das Anwesen des verstorbenen Landwirts Johann Obrecht nieder. Nachdem die Witwe Obrecht am letzten Mittwoch beerdigt worden war, wurde das Gebäude nur noch von zwei Flüchtlingsfamilien bewohnt. Eine derselben war während der Brandnacht ortsbewesend und hat so zum zweitenmal ihr ganzes Hab und Gut verloren. Da das Feuer sehr rasch um sich griff, ist der Schaden groß. Die Brandursache konnte bislang nicht geklärt werden, doch wird Kurzschluss vermutet.

Alpine Kombination in Enzklosterle

Zu der morgen zum Austrag kommenden „Alpinen Kombination“ in Enzklosterle liegen 75 Meldungen von Teilnehmern vor. Während am Vormittag der Abfahrtslauf durchgeführt wird, treten nachmittags die besten Läufer (etwa 20% der Wettbewerbsteilnehmer) zum Torlauf an. Die Schneeverhältnisse sind sehr günstig.

Das Ziel: tuberkulosefreie Viehbestände

Deckenpfronn und Oberhaugstett zu Beispielsgemeinden erklärt

Deckenpfronn. Am Samstag letzter Woche hielten der Vieh- und der Pferdeversicherungsverein gemeinsam ihre Generalversammlung im „Hirsch“ ab. Vorsitzender Wilhelm Dongus begrüßte die Erschienenen, besonders Reg.-Vet.-Rat Mäder (Nagold) und Tierarzt Dr. med. vet. Köcher (Nagold) sowie Bürgermeister Ulrich.

Dr. Mäder sprach über die Tuberkulosebekämpfung und wies einleitend darauf hin, daß jede Seuchenbekämpfung von vornherein zur Ausschloßigkeit verurteilt ist, wenn sich nicht die Tierhalter in ihrer Gesamtheit äußerster Disziplin befehligen. Der Kampf gegen die Trichomonadenseuche habe nur deswegen im Ort einen solchen Erfolg gehabt, weil die Landwirte auf der Hut gewesen seien. Nach Mitteilung des Innenministeriums seien die Gemeinden Deckenpfronn und Oberhaugstett als Beispielsgemeinden anzusehen, in denen mit der Tuberkulosebekämpfung sofort eingesetzt werden sollte. Die Herdbuchbestände müßten sich der Aktion ja zwangsläufig anschließen, da zu den Versteigerungen nur tuberkulosefreie Tiere zugelassen seien.

Der Redner kam dann auf die Tuberkulosesterilisation als erste Maßnahme zur Feststellung der Tbc. zu sprechen und erwähnte im einzelnen die Maßnahmen zur schrittweisen Erzielung eines tuberkulosefreien Tierbestands. Es wurde dazu u. a. gesagt, daß die Bekämpfung der Rindertuberkulose für jeden Land-

wirt auf Basis der Freiwilligkeit erfolgt, eine Teilnahme daran jedoch sehr erwünscht ist. Bei anerkannt krankheitsfreiem Tierbestand erhält der Landwirt je Liter Milch abgeflossener Milch zwei Pfennig mehr. Wenn die Verhandlungen über die Einführung von Marken- und Vorzugsmilch abgeschlossen sind, ergeben sich für Deckenpfronn besonders gute Voraussetzungen, da ja in den neuen Ställen die Tbc.-Bekämpfung viel wirksamer durchgeführt werden kann, wie überhaupt Luft, Licht und Sonne auch bei den Tieren die natürlichen Feinde der Tuberkulose sind.

In der anschließenden Aussprache wurden noch einige Fragen geklärt. Bürgermeister Ulrich sprach Reg.-Vet.-Rat Mäder den Dank der Zuhörer aus und durfte gleichzeitig feststellen, daß in Deckenpfronn die Bereitschaft zur Durchführung der Bekämpfungsmaßnahmen vorhanden ist.

Der weitere Verlauf der Generalversammlung brachte die Tätigkeits- und Kassenberichte der Schriftführer und Kassiere und deren Entlastung.

In der vergangenen Woche sprachen Dr. Voigtländer und Dr. Prowosnik im „Röble“ über neuzeitliche Düngungsverfahren. Dabei wurde besonders erwähnt, daß die Düngung nicht einseitig sein dürfe. In Deckenpfronn müsse die Phosphorsäure- und Kalidüngung intensiviert werden.

Vereine ziehen Jahresbilanz

Deckenpfronn. Am Sonntag nachmittag hielt der Gesangverein „Liederkranz“ Deckenpfronn seine diesjährige Generalversammlung ab. Nach kurzen einleitenden Worten und Begrüßung durch den Vorsitzenden Jakob Reisser verlas der Schriftführer Wilhelm Dongus das Jahresprotokoll und Gottlob Stöffler gab den Kassenbericht. Für das laufende Jahr ist der Besuch von einigen Festen vorgesehen, unter denen dem 90jährigen Jubiläum in Kuppingen besondere Bedeutung beigemessen wird. Der Dirigent Helmut Stolz (Kuppingen), der auch den dortigen Verein leitet, gab dazu ausführliche Erläuterungen. Auf vielseitigen Wunsch soll in diesem Jahr ein Ausflug an den Rhein unternommen werden. Gegen Ende der Versammlung sprach der Dirigent noch über das vorjährige Wertungssingen in Gechingen. Bürgermeister Ulrich gab seiner Bewunderung über die Leistungen des Vereins Ausdruck und stellte fest, daß der Gesangverein aus dem Dorfleben nicht mehr wegzudenken sei. Nach den Schlussworten des Vorsitzenden blieben die Sänger noch einige Stunden in froher Geselligkeit beisammen.

Gültlingen. Der hiesige Männergesangverein führte am vergangenen Sonntag im Gasthaus zur „Krone“ seine Generalversammlung durch. Vorsitzender Schneider begrüßte die Sängerfamilie. Nach der Totenerhebung folgte der Bericht über das Vereinsgeschehen im abgelaufenen Jahr, den Hauptlehrer Göttenboth für den erkrankten Schriftführer Nestle vortrug. Dem Bericht war u. a. zu ent-

nehmen, daß der Verein 45 aktive, 32 passive und 16 Ehrenmitglieder zählt. In 35 Singstunden wurde der Verein geschult. Der 2. Vorsitzende, Hauptlehrer Göttenboth, trat infolge sonstiger Inanspruchnahme von seinem Posten zurück, was allgemein bedauert wurde. In geheimer Abstimmung wurde Ernst Lutz, Schuhmacher, zum 2. Vorsitzenden gewählt. In den Ausschuss wurden Karl Kleinbeck, Landwirt, und Wilhelm Volz, Maurer, gewählt. Im laufenden Jahr ist eine Frühjahrsunterhaltung und der Besuch der Sängerkonferenzen mit Teilnahme am Wertungssingen in Dachtel und in Kuppingen vorgesehen. Außerdem ist ein gegenseitiger Besuch des Nachbarvereins Deckenpfronn in Aussicht genommen. Auch ein Ausflug an den Bodensee auf eigene Kosten ist geplant. Dem Dirigenten Otto Hummel wurde von der ganzen Versammlung Dank und Anerkennung ausgesprochen. Zum Schluß dankte der 1. Vorsitzende dem scheidenden 2. Vorsitzenden für seine bisher geleistete Arbeit. Die Versammlung wurde umrahmt von Männerchören. Hg.

Handball-Rückrunde beginnt

TV. Brötzingen I - TV. Calw I sowie Jugend. Am morgigen Sonntag starten die Calwer Handballer ihr erstes Spiel der Rückrunde gegen die sehr starken und in Hochform spielenden Brötzingen. Die Brötzingen erste Mannschaft siegte in Calw, wo es um den Gruppensieger der Gruppe II in der Halbzeit ging. Nun müssen die Calwer zum Rückspiel

in Brötzingen antreten. Es ist ein technisch hochstehendes für beide Partner offenes Spiel zu erwarten, doch liegt ein Sieg der Platzherren näher. Es geht in diesem Spiel um die Tabellenführung der Gruppe II, Brötzingen oder Calw. - Calws Jugend ist, wenn sie komplett antritt, sicherer Sieger, da die Calwer Mannschaft Tabellenführer des Kreises Pforzheim ist.

Hirsau - TB. Pforzheim 1884 sowie Jugend

Der TSV. Hirsau empfängt am Sonntag eine Pforzheimer Mannschaft. Es ist mit einem harten und kampfbetonten Spiel zu rechnen, aus dem die Hirsauer als sicherer Sieger hervorgehen werden, doch ist ein Sieg der Gäste aus Pforzheim nicht ausgeschlossen. Hirsau sollte sich einen Sieg auf eigenem Platz nicht nehmen lassen, um den Anschluß an die Spitzengruppe nicht zu verlieren.

Gottesdienst-Ordnung

Evangelische Gottesdienste in Calw

Septuagesimä, 10. Februar: (Turmlied: Verzage nicht, du Hüflein klein... GesB. 245.) 9 Uhr Predigtgottesdienst im Vereinshaus (Geprägs); 10 Uhr Predigtgottesdienst im Vereinshaus (Geprägs) (christenlehrlingpflichtige Töchter im 1. Gottesdienst); 10 Uhr Gottesdienst im Krankenhaus (Schüz); 11 Uhr Kindergottesdienst; 17 Uhr Abendgottesdienst im Vereinshaus (Schüz). - Montag, 11. Februar: 20 Uhr im Vereinshaus: Zwei Missionarinnen berichten von China. - Dienstag, 12. Februar: 20 Uhr Bibelstunde auf dem Wimberg. - Mittwoch 13. Februar: 8.15 Uhr Schülergottesdienst; 20 Uhr Männerkreis und Frauenkreis. - Donnerstag, 14. Februar: 20 Uhr Bibelstunde.

Kath. Gottesdienste, Stadtpf. Calw

Sonntag Septuagesimae, 10. Februar: 7.30 Uhr Frühgottesdienst; 8.30 Uhr Christenlehre; 9.30 Hauptgottesdienst; 10.45 Gottesdienst in Bad Liebenzell; 14 Uhr Nachmittagsgottesdienst. - Werktagen: Im Kinderheim täglich 7 Uhr bzw. Mittwoch und Samstag 7.30 Uhr Gottesdienst. - In der Pfarrkirche: Montag, Dienstag, Freitag, Samstag je 7.30 Uhr Pfarrgottesdienst. Mittwoch: 8 Uhr Schülergottesdienst. Donnerstag: 6.15 Uhr Jugendgottesdienst.

Methodistenkirche (Ev. Freikirche)

Sonntag, 10. Februar: Calw: 9.30 Uhr Gottesdienst (Heck), 11 Uhr Sonntagsschule; Mittwoch, 20 Uhr Bibelstunde (Arheidt). - Stammheim: 10 Uhr Gottesdienst (Arheidt); Donnerstag, 20 Uhr Bibelstunde. - Oberkollbach: 10 Uhr Gottesdienst, 20 Uhr Beginn der Evangelisation mit Aufführung der Calwer Jugend: „Heimgelunden“. - Schwarzenberg: 10 Uhr Gottesdienst; Mittwoch, 20 Uhr (Heck). - Alburg: 16 Uhr (Heck). - Würzbach: Donnerstag, 14.30 Uhr (Kneule). - Oberreichenbach: Freitag, 14.30 (Kneule). - Ottenbronn: 14 Uhr Gottesdienst (Arheidt). - Alzenberg: Donnerstag, 20 Uhr (Arheidt). - Hirsau: Freitag, 20 Uhr (Arheidt).

CALWER ZEITUNG Verlag Paul Adolf, Calw, in der Schwäbischen Verlagsgesellschaft m. b. H. Für den Lokalteil verantwortlich: F. H. Scheele. Druck: A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw.

Zavelstein, 7. Februar 1952 Todesanzeige und Danksagung Nach kurzer schwerer Krankheit ist meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante Katharina Rentschler geb. Rentschler im Alter von fast 71 Jahren entschlafen. Wir haben sie am 6. Febr. zur letzten Ruhe gebettet. Herzlichen Dank Herrn Pfarrer Haas für die trostreichen Worte am Grabe, dem Leichenchor für den erhabenden Gesang, den Herren Ehrenträgern für den letzten Liebesdienst, für die Kranzspenden und allen, die sie zur letzten Ruhestätte begleitet haben. In tiefem Leid der Gatte: Johann Georg Rentschler die Kinder: Marie Lutz geb. Rentschler, Friedrike Rentschler, Karl Rentschler und alle Angehörigen.

HOTEL GERMANIA BAD LIEBENZELL Heute Bunte Faschingstreiben Sonntag 4-6 Uhr Konzert

Hallo 311 Empfehle meine Mercedes 4-5-Sitzer mit Heizung. Auto-Schmid, Calw

nach Oberstdorf zur Skiflugwoche Beste Springer der Welt. Rückfahrt Sonntag abend. Fahrpreis DM 16.- Anmeldungen bis 24. 2. an AUTO-EICHELE Bad Liebenzell, Tel. 215

Jüngere Behördenangestellte sucht auf 15. Februar möbliertes, helzbares Zimmer In sonniger Lage. Angebote unter C 181 an die Calwer Zeitung.

Älteres Ehepaar sucht in Bad Liebenzell zwei unmöblierte, ruhige Zimmer

ev. Tausch gegen hübsche 221-mmerwohnung (n. Wasser) in Heideberg. Schlenstedt, Friedensheim, Stammheim.

Dunkel gestreifter Konfirmandenanzug für großen Jungen sowie schwarze Herren-Halbschuhe Größe 41 zu verkaufen. Auskunft erteilt die Gesch.-St. der Calwer Ztg.

Fast neuer Herrenschlitten sowie Viktoria-Chaise zu verkaufen. Angebote unter C 182 an die Calwer Zeitung.

KAUFHAUS MERKUR PFORZHEIM-STUTTGART Gitterfüll gezwirnte, gut waschbare Qualität, gefälliges Webmuster, 200 cm breit m 2.95 Gitterfüll besonders kräftige, gezwirnte, daher gut waschbare Qualität, für Schelbenbespannungen, 50 cm breit m .85 Vorhangstoff haltbares Zellwollgewebe, indanthren mit schönen Mustern bedruckt 120 cm breit m 2.95 80 cm breit m 1.95

Ihre Vermählung geben bekannt: FRITZ AICHELE Metzgermeister ANNELEISE AICHELE geb. Hertneck Neubulach 7. Februar 1952 Valdingen/Fildern

Wir suchen zum sofortigen Eintritt Sekretärin Stenotypistinnen Kontoristin (gute Maschinenschreiberin) für Rechnungsbüro Vorstellung mit Zeugnisabschriften und handgeschriebenen Lebenslauf täglich vormittags außer Samstags bei GUTBROD MOTORENBAU GMBH. Werk CALW

A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw Anfertigung sämtlicher Geschäftspapiere für Behörden, Industrie, Handel und Gewerbe Annahme von Aufträgen auch in der Geschäftsstelle der Calwer Zeitung

Der 181. Leonberger Pferdemarkt mit Prämierungen, Hundemarkt und Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen wird am Dienstag, den 12. Februar 1952 abgehalten. Zum Besuch ladet freundlichst ein die Stadt Leonberg

Wunderschönes Haar In der Stolz jeder Frau, es erregt überall Bewunderung! Aber nur gesundes Haar ist schön, weder Dauerwellen noch ein hübscher Haarschnitt können ihm Gesundheit ersetzen. Diplona macht Ihr Haar wunderschön, locker, glänzend und seidensweich! Waschen Sie Ihr Haar stets mit Diplona-Nährshampoo, pflegen Sie es mit Diplona-Haarcreme und Diplona-Haar-Nährkur - jede Frisur hält besser! Diplona ist in jedem guten Fachgeschäft vorrätig. In CALW: Salon Oedermetz, Bahnhofstraße, Salon Köhler, in NEUBURG: Drogerie Bampel; in NAGOLD: Drogerie Letzsch, Salon Brückle; in ALTENSTEIG: Salon und Parfümerie Otto Günther; in HERRENBERG: Salon Zinner, Tübinger Straße 11; in CALMBACH: Parfümerie und Salon Beckstedt; in ALPISBACH: Kloster-Drogerie Götz; in DORNSTETTEN: Parfümerie und Salon C. Klump; in OBERNDORF: Parfümerie und Salon Rebhuth, Kirchstraße; in FREUDENSTADT: Zentraldrogerie gegenüber dem Kuttentheater, Stadt-Drogerie u. Parfümerie, Marktplatz 3, Fachdrogerie H. Kell, Parfümerie u. Salon F. Wölber, PFÄTZ, GRAFENWEILER: Parfümerie und Salon Hüb.

Zwei gebrauchte, gut erhaltene Wohnzimmer billigst abzugeben. Anfragen unter C 153 an d. Gesch.-St. der Calwer Ztg. In Bäckerei-Konditorei auf Frühjahrs-Bäckerlehrling sowie auf 1. März oder früher Jüngerer Gehilfe gesucht. Freundl. Angebote erbitet Otto Huber, Bäckermeister Ludwigsburg Körnerstraße 18, Telefon 4435

Gut erhaltenes Motorrad bis 200 ccm. gegen bar zu kaufen gesucht. Zuschriften unter C 154 an die Geschäftsstelle der Calwer Ztg.

Verkaufe Bausparvertrag der Leonberger Bausparkasse vom 1.3.1948. Vertragshöhe 10 000 DM Emil Benz Stammheim/Calw, Bergstraße

Eine 35 Wochen trüchtige Kalbin verkauft Johannes Kühler, Breitenberg